

BGE

BUNDESGESELLSCHAFT
FÜR ENDLAGERUNG

GESCHÄFTSBERICHT 2025

SCHWERPUNKTTHEMA ENDLAGERSUCHE

2025

GESCHÄFTSBERICHT 2025
SCHWERPUNKTTHEMA ENDLAGERSUCHE



Geschäftsführung der BGE
Jürgen Korth, *technischer Geschäftsführer*
Iris Graffunder, *Vorsitzende der Geschäftsführung*
Marlis Koop, *Kaufmännische Geschäftsführerin und Arbeitsdirektorin*

Liebe Leserinnen und Leser,
im vergangenen Jahr haben wir mit der BGE wieder einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu einem Endlagerstandort für hochradioaktive Abfälle geschafft. Wir haben im Herbst den zweiten Arbeitsstand aus den repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen vorgestellt. Mittlerweile haben wir 53 Prozent der Teilgebiete als nicht oder wenig geeignet eingestuft – das heißt, es ist noch rund ein Viertel der Landesfläche in Bearbeitung. Im Herbst 2026 werden wir einen weiteren Arbeitsstand veröffentlichen, als letzten Zwischenschritt vor dem Standortregionenvorschlag Ende 2027.

Für uns ist das eine gute Gelegenheit, nochmal einen Blick in die lange Geschichte der Endlagerung in Deutschland zu werfen. Sylvia Kotting-Uhl war an der Erarbeitung des Standortauswahlgesetzes an führender Stelle beteiligt und bringt mit einem Gastbeitrag die Stränge zusammen, die zum heutigen Stand – der Standortsuche für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle durch die BGE – geführt haben. Im Standortauswahlgesetz werden hohe Anforderungen an die Endlagersuche gestellt. Sie soll selbst hinterfragend und lernend, wissenschaftsbasiert, partizipativ und transparent sein. Was das heißt, wie ein Verfahren lernen kann, an welchen Stellen Beteiligung funktioniert und wie wir das Verfahren transparent und im Dialog mit der Gesellschaft gestalten, beschreiben wir in den Beiträgen „Eine Suche, die lernt“ und „Im Dialog zur Standortauswahl“.

Oft wird unsere Endlagersuche mit Projekten in anderen Ländern verglichen. Kann man bei denen, die schneller zu sein scheinen, nicht mehr lernen? Kann man es nicht einfach so machen, wie diejenigen, die schon weiter sind? Das ist nicht so einfach. Denn die Geologie entscheidet – und die ist nun einmal von Ort zu Ort einzigartig. Lernen andererseits ist immer möglich und deshalb bekommen wir mit dem Beitrag von Adrian Uhlmann einen kleinen Einblick, wie „das Schweizer Jahrhundertprojekt“ läuft.

Wir möchten aber auch nicht vergessen, dass es unsere Mitarbeitende sind, die unsere Projekte vorantreiben. In diesem Jahr stellen wir fünf von ihnen vor, die in verschiedenen Feldern von Planung bis Öffentlichkeitsarbeit an der Standortsuche mitarbeiten.

Natürlich ist das nicht alles, was in der BGE im vergangenen Jahr passiert ist. Auf der Asse zum Beispiel konnten wir nicht nur den Salzlösungszutritt wieder auf der 658-Meter-Sohle stabilisieren, sondern auch zwei Einlagerungskammern erkunden mit Kameras – Erkundungsprojekte, die viele Jahre lang vorbereitet worden waren. Auf Konrad schreiten die Errichtungsarbeiten des Endlagers weiter voran, auf Konrad 2 wurde zum Beispiel der Schachtkeller fertiggestellt. Auf ihm wird der neue Förderturm für Schacht Konrad 2 errichtet. Auch wurde der Einbau der Innenschalen am Füllort 2. Sohle vorangetrieben; wichtige Arbeiten, um künftig die radioaktiven Abfälle unter Tage zu bringen. Im Endlager Morsleben ging nicht nur die Arbeit mit den Demonstrationsbauwerken weiter, sondern auch die Unterlagenerstellung für den Planfeststellungsbeschluss für die Stilllegung. Im Bergwerk Gorleben waren Ende 2025 schon fast die Hälfte des Grubenbaues wieder mit dem Salz von der Salzhalde verfüllt. Mehr Details zu unseren Projekten finden sich im Lagebericht ab Seite 56.

Wir wünschen viel Freude bei der Lektüre.
Glückauf!

Inhaltsverzeichnis

Grußworte der Geschäftsführung 02

Inhaltsverzeichnis 04

Aufsichtsrat
Bericht des Aufsichtsrats 06
Mitglieder des Aufsichtsrats 08

Endlagersuche
Warum gibt es eigentlich die BGE? 12

Eine Suche, die lernt 14

Im Dialog zur Standortauswahl –
So kommuniziert die BGE bei der Endlagersuche 20

Das Schweizer Jahrhundertprojekt
– eine nationale Aufgabe 24

Sie arbeiten dran
Aaron Brandenburger 28
Katharina Bairlein 30
Jan-Michael Schürholz 32
Ratiba Franke 34
Oliver Helten 36

Jahresabschluss und Lagebericht
Bilanz 40
Gewinn- und Verlustrechnung 42
Anhang für das Geschäftsjahr 2025 43
Allgemeine Angaben 43
Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden 43
Angaben zur Bilanz 46
Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung 48
Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen 49
Sonstige Angaben Zuarbeit 49
Organe 49

Entwicklung des Anlagevermögens 2025 54

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2025 56
Grundlagen der Gesellschaft 56
Steuerungssystem 57
Forschung und Entwicklung 59
Wirtschaftsbericht 61
Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage 67
Personal- und Sozialbericht 70
Prognose-, Chancen- und Risikobericht 71
Prognosebericht 78

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat ist im Jahr 2025 durch mündliche und schriftliche Berichte der Geschäftsführung über die wesentlichen Geschäftsvorgänge der Gesellschaft unterrichtet worden. In drei Sitzungen des Aufsichtsrates sind die Geschäftsentwicklung und wichtige Einzelvorgänge erörtert sowie die aufgrund gesetzlicher und satzungsgemäßer Bestimmungen zur Prüfung und Zustimmung vorgelegten Geschäfte behandelt worden.

Am 6. Mai 2025 hat Dr. Jan-Niclas Gesenhues sein Amt als Aufsichtsratsvorsitzender und sein Mandat im Gremium niedergelegt. Ihm folgte die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) Rita Schwarzelühr-Sutter als Aufsichtsratsvorsitzende.

Die erste Aufsichtsratssitzung fand am 27. März 2025 in Gorleben statt. Die Aufsichtsratsmitglieder haben sich im Rahmen einer Befahrung über den Stand der Verfüllung des Bergwerks und der Rückbauarbeiten informiert. Im Rahmen der Sitzung sind die Jahresberichte der Internen Revision und des Compliance-Beauftragten erörtert worden. Darüber hinaus hat die Geschäftsführung den Aufsichtsrat über den Vollzug des Wirtschaftsplans 2024, über die Fortschritte in den Endlagerprojekten sowie über Anpassungen des Organisations- und Geschäftsverteilungsplans im Rahmen des Projekts BGE 2025 informiert.

Bei der 32. Aufsichtsratssitzung am 24. Juni 2025 in Berlin wurde die Parlamentarische Staatssekretärin im BMUKN, Rita Schwarzelühr-Sutter, zur Vorsitzenden des Aufsichtsrats gewählt. In dieser Sitzung hat sich der Aufsichtsrat intensiv mit den Planungen zur Rückholung der atomaren Abfälle aus der Schachtanlage Asse II beschäftigt. Im weiteren Sitzungsverlauf hat sich der Aufsichtsrat vom beauftragten Wirtschaftsprüfer über die Ergebnisse der Prüfung des Jahresabschlusses 2024 informieren lassen. Nach vorheriger Erörterung im Prüfungs- und Risikoausschuss hat das Gremium der Gesellschafterversammlung die Feststellung des Jahresabschlusses 2024 und die Entlastung der Geschäftsführung empfohlen.



Rita Schwarzelühr-Sutter

Mit Blick auf die Prüfung des Jahresabschlusses 2025 hat der Aufsichtsrat der Gesellschafterversammlung empfohlen, erneut die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Hesse & Partner mbB zu beauftragen und dabei folgende Prüfungsschwerpunkte festgelegt:

1. Mit welchen Maßnahmen stellt die BGE das Kostencontrolling sicher und dass Investitionen vor ihrer Realisierung auf Wirtschaftlichkeit geprüft werden?

2. Gibt es eine den Zielen des Unternehmens entsprechende Interne Revision?

In der Sitzung am 27. November 2025 haben die Mitglieder über den Wirtschaftsplan 2026 mit einem Kostenvolumen von rund 994 Millionen Euro und einem Liquiditätsbedarf von rund 970 Millionen Euro beraten und der Gesellschafterversammlung die Feststellung des Wirtschaftsplans empfohlen. Außerdem hat die Geschäftsführung über die Veröffentlichung von Arbeitsständen in den repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen der Standortauswahl und den Projektständen bei der Schachtanlage Asse sowie den Endlagern Konrad und Morsleben berichtet.

Der Aufsichtsrat spricht der Geschäftsführung sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der BGE für die im Jahr 2025 geleistete Arbeit Dank und Anerkennung aus.

Peine, 18. Juni 2026

Rita Schwarzelühr-Sutter
Vorsitzende des Aufsichtsrats

Mitglieder des Aufsichtsrats

Dirk Alvermann
Obersteiger
Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH,
Endlager Morsleben (Arbeitnehmervertreter)

Harald Ebner
Mitglied des Bundestags,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Berlin

Christina Egelkraut
Juristische Mitarbeiterin
Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH,
Schachtanlage Asse (Arbeitnehmervertreterin)

Claudia Engelhardt
Unterabteilungsleiterin
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz,
nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, Bonn

Dr. Markus Fritschi
Ehemaliger stellvertretender Vorsitzender der Geschäftsführung Schweizerische nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle, Schweiz

Dr. Jan-Niclas Gesenhues
Parlamentarischer Staatssekretär,
Vorsitzender des Aufsichtsrats
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz,
nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, Berlin
(ausgeschieden durch Mandatsniederlegung am 06.05.2025)

Prof. Dr. Daniela Gutberlet
Professorin für Umwelttechnik und Logistik
Westfälische Hochschule, Gelsenkirchen
(seit 19.02.2026 bestellt)

Mark Helfrich
Mitglied des Bundestags, CDU-Fraktion, Berlin
(seit 28.01.2026 bestellt)

Franz-Gerhard Hörnschemeyer
Gewerkschaftssekretär,
stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates
Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie,
Hannover (Arbeitnehmervertreter)

Sylvia Kotting-Uhl
Mitglied des Bundestages aD,
Bündnis 90/Die Grünen, Berlin
(ausgeschieden durch Mandatsniederlegung am 15.01.2026)

Carsten Meyer
Gruppenleiter Elektrotechnik
Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH, Peine
(Arbeitnehmervertreter)

Christina Offermanns
Sachbearbeiterin Endlagervorbereitung
Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH,
Schachtanlage Konrad (Arbeitnehmervertreterin)

Dr. Thomas Schröpfer
Bergbauingenieur
Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH, Peine
(Arbeitnehmervertreter)

Rita Schwarzelühr-Sutter
Parlamentarische Staatssekretärin,
Vorsitzende des Aufsichtsrats
Bundesministerium für Umweltschutz, Klimaschutz,
Naturschutz und nukleare Sicherheit, Berlin
(bestellt seit 19.06.2025)

Dr. Romy Strecker
Referatsleiterin
Bundesministerium der Finanzen, Berlin

Lilian Tschan
Staatssekretärin
Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Berlin
(ausgeschieden durch Mandatsniederlegung
am 21.01.2026)

Marike Vornkahl
Gewerkschaftssekretärin
Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie,
Hannover (Arbeitnehmervertreterin)

Nicolaus-Alejandro Weil von der Ahe
Referent
Bundesministerium der Finanzen, Berlin

Sebastian Zwetkow-Tobey
Angestellter
Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH,
Schachtanlage Asse (Arbeitnehmervertreter)

END LAGER SUCHE



Ein Stück Kristallingestein.
Kristallin ist eines der drei Wirtsgesteine, die für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle in Frage kommen.

Warum gibt es eigentlich die BGE?



Sylvia Kotting-Uhl
gehörte dem Deutschen Bundestag von 2005 bis 2021 an. Sie war viele Jahre lang atom- und umweltpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion der Grünen. Von 2018 bis 2021 war sie Vorsitzende des Umweltausschusses im Bundestag. Von 2010 bis 2012 war sie Obfrau im Gorleben-Untersuchungsausschuss des Bundestags, von 2014 bis 2016 arbeitete sie in der Endlagerkommission mit. Von 2018 bis 2025 gehörte Sylvia Kotting-Uhl dem Aufsichtsrat der BGE an. Seit Dezember 2025 ist sie Mitglied im Nationalen Begleitgremium (NBG).

Im Juli 2026 existiert die BGE zehn Jahre. Das erste Jahrzehnt einer immer noch jungen Bundesgesellschaft. Herzlichen Glückwunsch!

2017 wurde das Standortauswahlgesetz (StandAG) mit großer Mehrheit im Bundestag beschlossen. Voraus ging ein erstes StandAG 2013 mit der für ein Gesetz ungewöhnlichen Forderung einer einzusetzenden Kommission, die das Gesetz prüfen und offene Fragen soweit möglich beantworten sollte. Diese Kommission war das erste Zeugnis für den wichtigsten Schlüsselbegriff der neuen Standortsuche: Partizipation. Die Endlager-Kommission bestand aus Fachpolitiker*innen des Bundestages, Mitgliedern des Bundesrates, Wissenschaftler*innen und Vertreter*innen der Zivilgesellschaft – Umweltverbände, Kirchen, Gewerkschaften, Wirtschaft in Gestalt der Energiekonzerne – und tagte zwei Jahre lang. Die Politiker*innen hatten kein Stimmrecht bei Entscheidungen und der Schlussabstimmung.

Das StandAG markiert einen Neuanfang in der bis dahin als gescheitert zu betrachtenden deutschen Endlagersuche für hochradioaktiven Atommüll. 1977 wurde Gorleben vom damaligen niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht als nationaler Standort verkündet. Es war eine politische, keine wissenschaftliche Entscheidung. Die anschließende jahrzehntelange Erkundung des Salzstocks auf seine Eignung und die Einlagerung von Atommüll in ein neben dem erwarteten zukünftigen Endlager gebautes Zwischenlager führte zu Protesten unbekannten Ausmaßes – unter Beteiligung der Kirche, des ansässigen Adels und der Bauern – und zu den bis dahin größten Polizeieinsätzen in der Bundesrepublik.

Nachdem die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) 2011 nach dem größten anzunehmenden Unfall (GAU) von Fukushima / Japan den endgültigen Atomausstieg Deutschlands eingeläutet hatte, fand sich ein breiter Konsens im Bundestag,

auch die Endlagersuche neu aufzustellen. Bei Gorleben hatte sich der Staat von seiner schlechtesten Seite gezeigt – nun sollte die Zivilgesellschaft einbezogen werden. Die neue Standortsuche sollte die Lehre aus Gorleben sein. So entstanden die fünf Schlüsselbegriffe, die dem Gesetz voranstehen: partizipativ, wissenschaftsbasiert, transparent, selbsthinterfragend und lernend.

Auch die bisherige Struktur von Aufsicht und Vorhabenträger wurde radikal verändert. Bereits 2016 wurde damit die Grundlage für die neue Standortsuche geschaffen. Aufsicht und Vorhabenträger wurden sauber getrennt, eine neue Behörde gegründet – das heutige Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), das anders als früher das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) ausschließlich die Atommüll-Lagerung beaufsichtigt – und die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE), der auch alle anderen Endlager-Projekte übertragen wurden. Hier ist das radikal Neue, dass die BGE zu 100 Prozent in öffentlicher Hand ist, während die früher für den Bau von Endlagern zuständige DBE zu 75 Prozent den Energieunternehmen gehörte. Zusammen mit dem 2017 gegründeten öffentlich-rechtlichen Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung (KENFO), in den die Energiekonzerne 24 Milliarden Euro übertragen haben, sind – anders als zum Beispiel in der Schweiz – die Energiekonzerne endgültig raus aus Standortsuche und Endlagerbau. Das ist in Deutschland jetzt nur noch in öffentlicher Hand. Entsprechend soll bei der Suche ein dritter Akteur als höchste Vertretung der Öffentlichkeit fungieren – das Nationale Begleitgremium, bestehend aus zwölf „Personen des öffentlichen Lebens“ und sechs Bürgervertreter*innen.

Die Unternehmensführung der BGE hatten bis 2023 ehemalige Mitglieder der Endlager-Kommission inne. Sie legten den Duktus des Unternehmens in der Kommunikation mit der Zivilgesellschaft fest, der deutlich die Sprache des Lernprozesses in der Endlager-Kommission spricht. Partizipativ, wissenschaftsbasiert und transparent arbeitet die BGE von Anfang an. Im Herbst 2020 legte die BGE einen ersten Arbeitsstand vor: den Zwischenbericht Teilgebiete. Mit 90 Teilgebieten wurden 54 Prozent der Fläche Deutschlands „günstige Bedingungen“ für ein Endlager bescheinigt. In weiteren Schritten werden diese günstigen Bedingungen nun verglichen und weiter untersucht. Das nächste Ziel ist für Ende 2027 anvisiert: im Vergleich die besten Standorte für die übertägige Erkundung zu benennen. Wie viele das sein werden, liegt in den Händen der Wissenschaft. Denn nur die Geologie entscheidet – nicht der Wunsch einer Landesregierung, nicht politischer Opportunismus, nicht die Akzeptanz der Öffentlichkeit. Den geologisch bestgeeigneten Standort in Deutschland zu finden, das ist ein hoher, teurer und aufwändiger Anspruch. Aber nur dieser Aufwand erlaubt am Ende auch den Anspruch, diesen Standort zu akzeptieren – weil er der Beste im ganzen Land ist.

Bis heute führt die BGE ihre Aufgabe mit Souveränität und erstaunlicher Sensibilität durch. Während so mancher im politischen Raum sich an seine Unterschrift unter das Standortauswahlgesetz nicht mehr zu erinnern scheint, hat die BGE auch die ungewöhnlichen Anteile ihrer Aufgabe verinnerlicht.

Wird das in den nun schwieriger werdenden Phasen der Gesetzesumsetzung so bleiben? Die Zeichen dafür stehen auch unter neuer Unternehmensführung gut. Aber die wirklichen Hürden kommen erst noch. Dann muss sich beweisen, ob ein Unternehmen, eine Behörde, die Politik, ob Deutschland reif ist für Transparenz und Partizipation bei einem Infrastrukturprojekt, das von der Gesellschaft nicht mit Hurra begrüßt wird. Die ersten zehn Jahre BGE sind ein guter Anfang. Damit sind wir noch lange nicht am Ziel – haben aber eine Ahnung vom richtigen Weg.

Eine Suche, die lernt

Die Suche nach dem Endlagerstandort für hochradioaktive Abfälle ist kein starrer Plan, sondern ein dynamischer Prozess. Im Mittelpunkt steht ein transparentes Verfahren, das sich anpasst, Kritik aufnimmt und aus Fehlern die richtigen Schlüsse zieht.

Deutschland sucht den Ort, an dem seine hochradioaktiven Abfälle für eine Million Jahre sicher verwahrt werden können. Das Ziel ist ambitioniert und das Verfahren ziemlich einzigartig. In der Endlagersuche soll nicht nur aus der Vergangenheit gelernt werden. Die Entscheidung für den Standort verlangt Weitsicht, mehr als in jedem anderen Infrastrukturprojekt. Wie aber gelingt ein derartiges Vorhaben? Im Jahr 2017 begann ein neues Kapitel der Endlagersuche mit einer „weißen Landkarte“. Kein einziger möglicher Standort war bevorzugt, kein Bundesland ausgenommen. Die Geologie wird das entscheidende Kriterium sein, die BGE wird den Standort mit der bestmöglichen Sicherheit vorschlagen und erst am Ende wird das Parlament über diesen Standort entscheiden.

Was bedeutet „lernendes Verfahren“?
Das 2017 verabschiedete Standortauswahlgesetz schreibt ein Verfahren vor, das partizipativ, wissenschaftsbasiert, transparent, selbsthinterfragend und lernend ist. Konkret bedeutet das, dass es zwischen allen Arbeitsschritten Feedbackschleifen gibt. Ergebnisse werden dabei überprüft, Methoden hinterfragt und neue Erkenntnisse eingearbeitet. Die BGE hat diesen Anspruch in einer eigenen Umsetzungsstrategie verankert. Dort heißt es sinngemäß: Fehler sind keine Schwäche, sondern Lernanlässe. Führungskräfte sollen im Umgang mit Irrtümern vorangehen. Jede Erkenntnis wird dokumentiert, damit sie für spätere Schritte verfügbar bleibt.

Geologie entscheidet nach klaren Regeln
Das Standortauswahlgesetz gibt der BGE Entscheidungsgrundlagen an die Hand: Ausschlusskriterien, Mindestanforderungen und geowissenschaftliche Abwägungskriterien. Das genaue Vorgehen zur Prüfung dieser Kriterien entwickelt die BGE selbst.

Die Kriterien werden wiederholt angewendet, wie ein Filtersystem, das bei jedem Durchlauf genauer wird. Wie dieser Filter wirkt, zeigt ein Rückblick auf den Zwischenbericht Teilgebiete von 2020. Zu dieser Zeit war noch mehr als die Hälfte Deutschlands im Rennen: 90 Teilgebiete, verteilt über 54 Prozent des Bundesgebiets. Seitdem wird diese Fläche Stück für Stück kleiner. Im aktuell laufenden Arbeitsschritt prüft die BGE jedes Gebiet mit aufwendigen Sicherheitsuntersuchungen.

Entscheidend ist hierbei, dass das Vorgehen nicht einmal festgelegt und dann stur abgearbeitet wird. Es wird weiterentwickelt, wenn neue wissenschaftliche Erkenntnisse das nahelegen. Ein Beispiel zeigt besonders anschaulich, wie das funktioniert.

Ein Vulkan als Lehrmeister
Vulkanismus ist eines der Ausschlusskriterien im Standortauswahlgesetz. Wo im Quartär, also in den vergangenen 2,6 Millionen Jahren, Vulkanismus aufgetreten ist oder zukünftig vulkanische Aktivität zu erwarten ist, darf kein Endlager errichtet werden. Das klingt eindeutig, doch so einfach ist die Realität leider selten.

Für die Ermittlung der Teilgebiete bis 2020 entwickelte die BGE eine Methodik, um Vulkanismus systematisch zu bewerten. Damit wurden zwei Regionen mit Vulkanismusrisiko identifiziert: die Eifel in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sowie der Egergraben an der Grenze zu Tschechien. Um beide Regionen zog die BGE Sicherheitsabstände von zehn Kilometern, innerhalb derer kein Endlager errichtet werden darf.

Dann aber passierte genau das, was in einem lernenden Verfahren passieren soll. Eine 2019 von der BGE in Auftrag gegebene und 2021 abgeschlossene Grundlagenstudie zum Vulkanismus in Deutschland zeigte ein weiteres Gebiet mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit künftiger vulkanischer Aktivität, das Vogtland in Sachsen und Thüringen. Durch diese Studie hat die BGE im folgenden Arbeitsschritt dieses Gebiet als ungeeignet für die Endlagerung bewertet. Zusätzlich wurde auch der bisherige Sicherheitsabstand vom Endlagerstandort zu Gebieten mit möglicher oder tatsächlicher vulkanischer Aktivität von 10 auf 25 Kilometer mehr als verdoppelt. Das Bild wurde also schärfer und die Sicherheitsmargen wuchsen. Lernen heißt hier nicht, alles umzuwerfen, sondern das Bekannte an neuem Wissen zu messen und die Konsequenzen daraus zu ziehen.

Für Dr. Lisa Seidel, die das Projekt Standortauswahl leitet, ist es eine Selbstverständlichkeit, dass das Lernen zum Bestandteil der täglichen Arbeit wird. Das Sicherheitsmanagementsystem der Standortauswahl hat deshalb das Lernen als zentralen Bestandteil integriert.

Beteiligung als zweite Lern-Ebene
Lernen geschieht aber nicht nur anhand von Studien oder im Labor. Es geschieht auch im Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern, Kommunen, Wissenschaft und Behörden. Die Öffentlichkeitsbeteiligung ist im Standortauswahlverfahren kein Anhängsel, sondern eine eigenständige Erkenntnisquelle.

Das zeigt sich am Beispiel des Endlagersuche Navigators. Nach der Veröffentlichung des Zwischenberichts Teilgebiete im September 2020 wurde schnell klar, dass viele Menschen Schwierigkeiten hatten, die komplexen Ergebnisse nachzuvollziehen. Welches Teilgebiet liegt in meinem Landkreis? Was bedeuten die Farben auf der Karte? Die Zahlen und Fakten, die eigentlich Klarheit schaffen sollten, riefen häufig mehr Fragezeichen hervor als verständliche Antworten zu liefern.

Die BGE reagierte und entwickelte den Endlagersuche Navigator, eine Weiterentwicklung der interaktiven Karte, die sie schon für den Zwischenbericht Teilgebiete angeboten hatte. Das Ziel: Die regional wichtigen Informationen für die schnelle Erstinformation kompakt anzubieten, um von dort aus vertiefende Informationen erreichen zu können. Der Navigator wurde seitdem mehrfach aktualisiert. So hat die BGE etwa Landkreis- und Gemeindegrenzen und eine Filterfunktion ergänzt. Mit einer Druckfunktion können Kartenausschnitte nun auch exportiert werden, das war eine Bitte, die beim Forum Endlagersuche – einem Beteiligungsformat – geäußert worden ist. Zuletzt kamen die sogenannten türkisen Flächen hinzu. Sie markieren Gebiete, in denen die ersten beiden Prüfschritte der vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen bereits abgeschlossen sind. Auch das war eine Bitte aus der Öffentlichkeit. Denn eine graue Einfärbung hatte beim Arbeitsstand 2024 noch zwei Bedeutungen: „noch nicht bearbeitet“ oder „wird weiterbearbeitet“, weil das Gebiet die ersten Prüfschritte überstanden hat. Derzeit umfassen diese grauen und türkisen Gebiete noch etwa ein Viertel der Landesfläche. Aus einer berechtigten Kritik wurde so ein Informationsangebot, das mit dem Verfahren mitwächst.

Wo steht das Verfahren heute?
Nach Abschluss der Sicherheitsuntersuchungen und weiterer Arbeitsschritte will die BGE Ende 2027 Standortregionen für die übertägige Erkundung vorschlagen. Das werden die Regionen sein, die nach dann aktuellem Kenntnisstand die besten Bedingungen für die Endlagerung der hochradioaktiven Abfälle erwarten lassen. Diese Regionen sollen vor Ort genauer untersucht werden, etwa durch Bohrungen und verschiedene Messverfahren.

Parallel dazu entwickelt sich die BGE auch als Organisation weiter. Sie versteht sich ausdrücklich als lernende Institution, nach innen wie nach außen. Ein eigenes Managementsystem soll sicherstellen, dass der Gedanke der Langzeitsicherheit nicht nur am Ende geprüft, sondern von Anfang an in jeden Arbeitsschritt eingebaut wird. Öffentliche Workshops, regelmäßige Berichte an das Nationale Begleitgremium, eine Zertifizierung des Qualitätsmanagementsystems und eine nachvollziehbare Dokumentation machen das Verfahren auch von außen überprüfbar.

Lernen heißt auch, Fehler einzugestehen
So überzeugend das Konzept auf dem Papier klingt, ein lernendes Verfahren ist kein Selbstläufer. Es verlangt eine Kultur, die Irrtümer nicht vertuscht, sondern offen benennt. Dass diese Kultur bei der BGE gelebt wird, zeigt das Beispiel der Gemeinde Amt Neuhaus. Im Zwischenbericht Teilgebiete fehlte das Gebiet, weil ein älteres geologisches Modell eine Gebietsreform von 1993 nicht abgebildet hatte.

Die Gemeinde war in den Kartenwerken in Mecklenburg-Vorpommern nicht mehr verzeichnet, weil sie sich nach Niedersachsen orientiert hatte, in den niedersächsischen Karten fehlte das Amt Neuhaus, weil die Gemeinde zur Zeit ihrer Erstellung noch zu Mecklenburg-Vorpommern gehört hatte. Ein aufmerksamer Bürger hat die BGE in einer Veranstaltung auf den Fehler aufmerksam gemacht. Die BGE hat den Fehler öffentlich dokumentiert und korrigiert. In der Folge wurden drei Teilgebiete nachträglich erweitert.

Nicht perfekt, aber ein Beweis, dass das System funktioniert. Ein Verfahren, das seine eigenen Fehler offenlegt und korrigiert, verdient mehr Vertrauen als eines, das behauptet, keine zu machen.

Die eigentliche Herausforderung liegt jedoch noch tiefer. Wie erhält man die Lernfähigkeit über Jahrzehnte aufrecht? Über Regierungswechsel, Personalfluktuationen und gesellschaftliche Veränderungen hinweg? Die BGE setzt dabei auf systematische Dokumentation. Dazu gehören Lessons-Learned-Workshops nach jedem Arbeitsschritt, eine durchgehend elektronische Aktenführung und Gespräche mit Zeitzeug*innen, die ihr Wissen zu Protokoll geben.

Dreimal Lernen für die Sicherheit

Egal ob Vulkanismus, Endlagersuche Navigator oder Fehlerkultur – die Beispiele unterscheiden sich, doch sie zeigen ein gemeinsames Prinzip: Die deutsche Endlagersuche lernt.

Sie lernt aus der Vergangenheit. Aus Gorleben, wo die Bevölkerung nicht nachvollziehen konnte, warum dort ein Endlager gebaut werden sollte. Aus der Asse, in die nie radioaktive Abfälle hätten eingebracht werden dürfen. Ein gescheitertes Endlagerprojekt, das viel Vertrauen gekostet hat.

Die Lehre aus beidem ist so schlicht wie weitreichend: Sicherheit und Akzeptanz entstehen durch Wissenschaft und Transparenz, nicht durch Beschlüsse hinter verschlossenen Türen.

Die BGE lernt im Verfahren. Durch Rückmeldungen, durch die Überprüfung eigener Methoden, durch externe Überprüfungen, durch den Dialog mit Öffentlichkeit und Fachwelt, durch die Bereitschaft, Informationen so bereitzustellen, wie sie gebraucht werden.

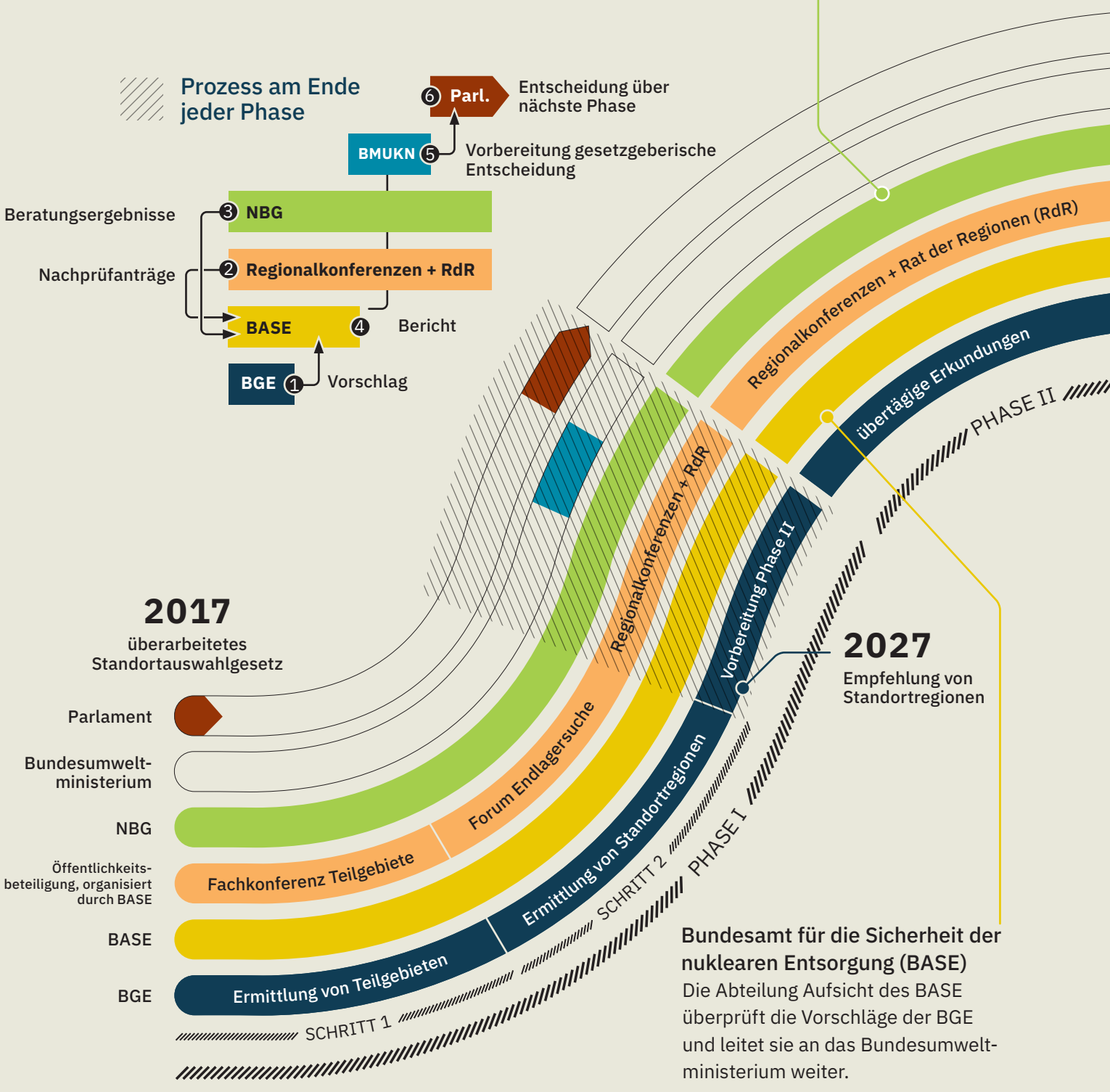
Und sie lernt für die Zukunft. Denn ein Endlager muss für eine Million Jahre Sicherheit bieten, und dafür muss noch viel dazugelernt werden. Das Verfahren soll deshalb so gestaltet sein, dass auch kommende Generationen es verstehen, überprüfen und, wenn nötig, korrigieren können.

Die Endlagersuche ist damit auch ein Experiment in demokratischer Langzeitverantwortung. Sie wird nicht gelingen, weil sie fehlerfrei verläuft, sondern weil sie aus jedem Fehler lernt.

Der Weg zum Endlager

Die Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle ist ein komplexer Prozess mit vielen Beteiligten. Unser Überblick zeigt die Schritte, die das Standortauswahlgesetz (StandAG) vorschreibt.

Nationales Begleitgremium (NBG)
Das unabhängige NBG berät über die Endlagersuche über alle Phasen hinweg. Dafür steht ihm ein umfangreiches Akteneinsichtsrecht zur Verfügung. Darin vertreten sind Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Wissenschaftler*innen und Bürger*innen.



Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE)
Die Abteilung Aufsicht des BASE überprüft die Vorschläge der BGE und leitet sie an das Bundesumweltministerium weiter.

Bundesumweltministerium (BMUKN)

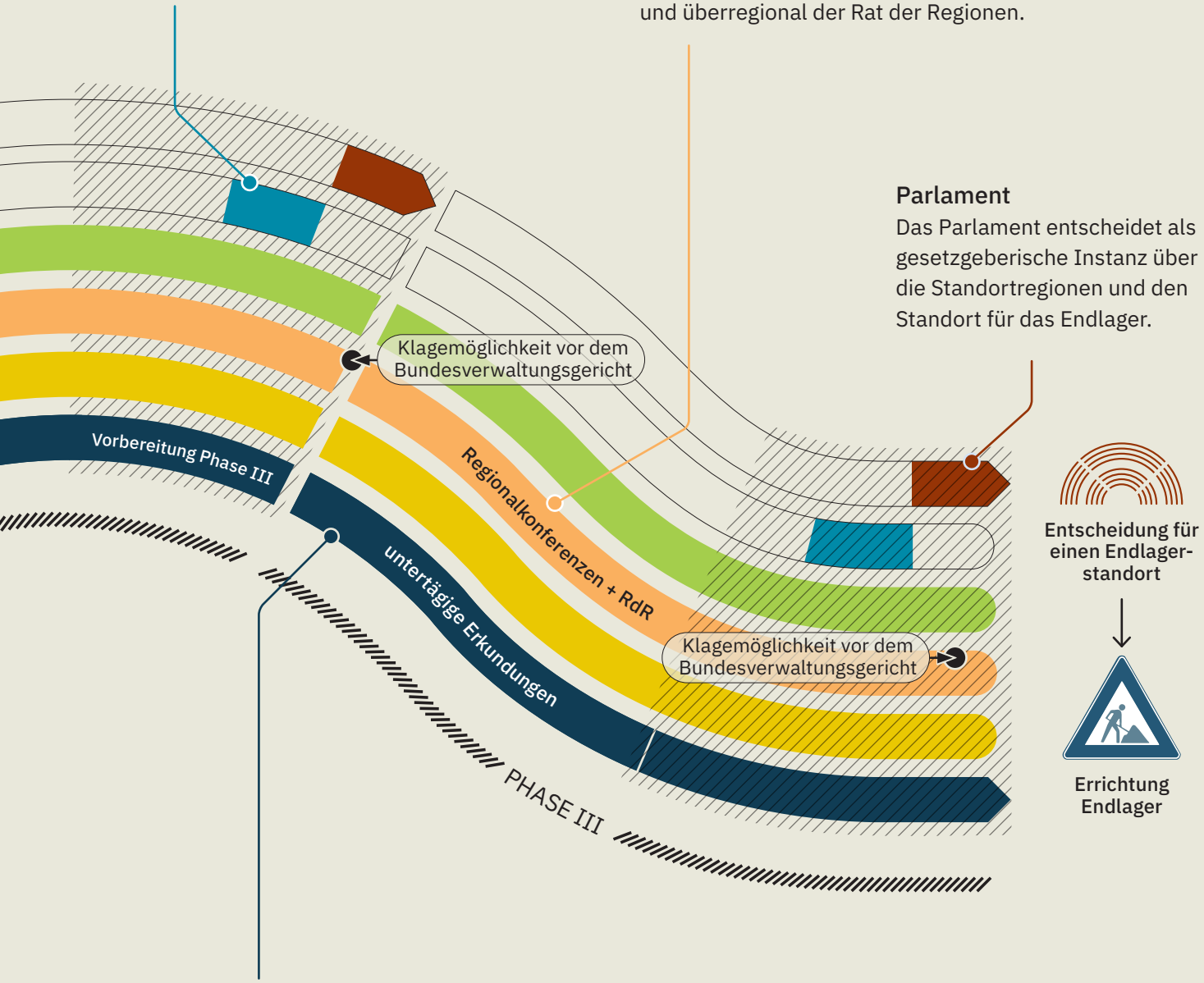
Nach Prüfung der Vorschläge der BGE durch das BASE bereitet das Bundesumweltministerium die gesetzgeberische Entscheidung durch das Parlament vor. Das BMUKN ist Gesellschafterin der BGE und Fachaufsicht für das BASE.

Beteiligung der Öffentlichkeit durch das BASE

Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) organisiert die Öffentlichkeitsbeteiligung: In Phase I sind das die Fachkonferenz Teilgebiete sowie das Forum Endlagersuche, in Phase II und III die Regionalkonferenzen in den ausgewählten Regionen und überregional der Rat der Regionen.

Parlament

Das Parlament entscheidet als gesetzgeberische Instanz über die Standortregionen und den Standort für das Endlager.



Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE)

Die BGE sucht in einem mehrstufigen Verfahren das Endlager für hochradioaktive Abfälle. Zunächst hat sie 90 Teilgebiete benannt, daraus wählt sie die am besten geeigneten Regionen für eine übertägige Erkundung aus. Mindestens zwei der am besten geeigneten Standorte werden anschließend untertägig erkundet. Dann übermittelt die BGE dem BASE den Standortvorschlag für das Endlager. Nach der Entscheidung für einen Standort durch das Parlament ist die BGE für Bau, Betrieb und Schließung des Endlagers verantwortlich.

Im Dialog zur Standortauswahl – So vielfältig kommuniziert die BGE



Der Auftrag ist klar: Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) sucht den Endlagerstandort für hochradioaktive Abfälle mit der bestmöglichen Sicherheit für eine Million Jahre. Und natürlich muss und will die BGE die Öffentlichkeit über diese Arbeiten informieren – transparent und im Dialog. Für ein so komplexes Projekt wie die Standortsuche gibt es ebenso wenig eine Patentlösung, wie es die eine Öffentlichkeit gibt – sie ist divers. Die BGE begegnet daher ganz unterschiedlichen Informationsbedürfnissen. Einige Bürger*innen wollen neu in das Thema einsteigen, andere engagieren sich seit vielen Jahren und sind dadurch mitunter sehr gut im Thema.

Viele wünschen sich vertiefende Informationen bis hin zu den Rohdaten, während das anderen komplett egal ist: Sie wollen einfach einen möglichst kurzen Überblick mit den wichtigsten Fakten. Die einen möchten das große Ganze verstehen, die anderen wiederum interessieren sich ausschließlich dafür, ob ihr Heimatort noch im Fokus der Endlagersuche ist. So vielfältig und differenziert, wie die Ansprüche der Öffentlichkeit sind, muss auch die Kommunikation der BGE sein. Sie reicht von allgemeinen Informationsangeboten auf der Webseite bis hin zu vertieften Einzelgesprächen.



Die Bereichsleiterin der Standortauswahl, Lisa Seidel, stellt beim Forum Endlagersuche den Arbeitsstand 2025 vor.

Zentrales Instrument für die Information ist der BGE Endlagersuche Navigator. Durch die Eingabe einer Postleitzahl oder des Ortsnamens können Interessierte einsehen, ob und wie das Gebiet von der BGE bereits bewertet wurde. Für Gebiete, die als ungeeignet oder wenig geeignet kategorisiert sind, können auch vertiefende Unterlagen abgerufen werden.

Um Grundlagen des Standortauswahlverfahrens zu vermitteln, bietet die BGE regelmäßig das Online-Format „Zukunft sicher gestalten: Endlagersuche in Deutschland“ an. Die Veranstaltungsreihe in Kooperation mit dem Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) richtet sich an alle interessierten Bürger*innen und eignet sich zum Einstieg ins Thema.

Wer danach unkompliziert am Ball bleiben möchte, kann den Newsletter „Auf Endlagersuche mit der BGE“ abonnieren. Er enthält aktuelle Meldungen, Veranstaltungshinweise und Links zu Dokumenten. Regelmäßig stellen Kolleginnen und Kollegen aus dem Fachbereich Standortauswahl sich und ihre Motivation anhand von drei kurzen Fragen im Newsletter vor.

Im Einblicke-Magazin zur Standortauswahl bietet die BGE auch ungewöhnliche Perspektiven auf das Thema Endlagersuche – mal historisch, mal geologisch, mal futuristisch und mal pädagogisch. Das Magazin wird bundesweit verteilt, kann aber auch abonniert und natürlich online gelesen werden.

Ganz konkret wird es in den öffentlichen Online-Betrifft-Veranstaltungen „Betrifft“: Hier berichten die Fachleute der BGE über den aktuellen Stand des Verfahrens, stellen die Methodik vor und beantworten jede Frage. Im Jahr 2025 ging es zum Beispiel um die Methoden der übertägigen Erkundungen und um die Arbeitsstände, die im November veröffentlicht wurden.

Auf Fachveranstaltungen präsentieren BGE-Fachleute ihre Methodiken und Herausforderungen noch vertiefter und diskutieren sie mit Vertreter*innen der Wissenschaft. Immer wieder wird die BGE auch von politischen Gremien oder Bürgerinitiativen in die Regionen eingeladen und stellt sich der Diskussion. Seit Beginn der Endlagersuche hat die BGE rund 2.000 Dokumente veröffentlicht, die das Verfahren direkt nachvollziehbar machen können. Das Nationale Begleitgremium (NBG) schaut sich diese Dokumente oft schon während ihrer Entstehung an. Denn das Gremium, das darauf achtet, dass die Endlagersuche nachvollziehbar und die Beteiligungsmöglichkeiten zugänglich sind, hat ein uneingeschränktes Akteneinsichtsrecht unter anderem bei der BGE.

Das NBG nutzt dieses Recht auch regelmäßig, auch, um bei Expert*innen Gutachten über bestimmte Fragen zum Vorgehen der BGE in Auftrag geben zu können. So trägt das NBG zur Transparenz des Verfahrens bei.

Die BGE ist aber auch da vor Ort, wo man sie nicht unbedingt vermuten würde. Für den direkten Kontakt und Dialog ist die BGE mit Ständen auf Großveranstaltungen wie z. B. zum Tag der Deutschen Einheit, auf Kirchentagen oder bei Buch- und Bildungsmessen präsent. Im persönlichen Gespräch können Fragen meist am besten beantwortet werden.

Last but not least ist das Dialog-Postfach (dialog@bge.de) ein wichtiger Kanal, über den ganz allgemeine oder Detailfragen, aber auch Anregungen oder Kritik an die BGE gerichtet werden. Jede Anfrage bekommt eine individuelle Antwort. Die Pressestelle beantwortet wiederum Anfragen aus den Medien, die ebenfalls eine große Bandbreite haben, inhaltlich wie bezogen auf verschiedene Regionen.

Wichtig ist der BGE vor allem der Dialog. Deshalb ist sie beim Planungsteam Forum Endlagersuche (PFE) mit dabei. Dort planen gewählte Vertreter*innen aus Kommunen, Bürger*innen, Wissenschaftler*innen und Vertreter*innen von gesellschaftlichen Gruppen die Themen und den Ablauf des Forums Endlagersuche, des zentralen Beteiligungsformats bis zu den dann wieder gesetzlich vorgesehenen Regionalkonferenzen. Das Forum Endlagersuche hat sich als der Ort etabliert, an dem über die zentralen Fragen der Endlagersuche, der Beteiligung am Verfahren bis hin zum aufsichtlichen und rechtlichen Rahmen für die Standortauswahl diskutiert wird.

Newsletter:
Auf Endlagersuche mit der BGE: Wie weit ist die Endlagersuche? Was sind die nächsten Schritte im Standortauswahlverfahren? Gibt es neue Termine? Welche Dokumente wurden neu veröffentlicht? Antworten darauf liefert unser Newsletter zur Endlagersuche.

BGE Endlagersuche Navigator:
Die Web-Anwendung der BGE zeigt aktuelle Arbeitsstände auf dem Weg zum Standortregionen-Vorschlag, dem nächsten großen Meilenstein in der Endlagersuche.

Einblicke:
Endlagerprofis der BGE geben exklusive Einblicke in ihre Arbeit und auch andere Perspektiven finden ihren Platz. Die Hefte werden bundesweit als Pressebeilage verteilt und können auch im Abonnement bezogen werden.



Auch auf Großveranstaltungen wie der Leipziger Buchmesse 2026 ist die BGE mit Informationen zu den Arbeitsständen der Endlagersuche und Angeboten wie einer virtuellen Befahrung per 3D-Brille vertreten.

Das Schweizer Jahrhundertprojekt – eine nationale Aufgabe



Adrian Uhlmann
Specialist Communication, Nagra

Im September 2022 hat die Nagra eine Region im Norden des Kantons Zürich für das geologische Tiefenlager der Schweiz vorgeschlagen – übrigens nahe an der Grenze zu Deutschland. Aber später mehr dazu.

Die Rahmenbewilligungsgesuche wurden im Jahr 2024 eingereicht. Standortwahl und Rahmenbewilligung sind zwei wichtige Meilensteine. Auf dem Weg zum Jahrhundertprojekt Tiefenlager müssen viele weitere folgen, damit wir von der Nagra die Abfälle langfristig sicher entsorgen können.

Oft werden wir gefragt: Warum dauert das so lange? Eine legitime Frage, die wir so beantworten: Wir wollen nicht möglichst bald ein Tiefenlager bauen, sondern ein möglichst sicheres. Trotzdem sind wir stolz auf die Fortschritte und wollen vorwärts machen. Dabei dürfen wir den Respekt vor dieser großen Aufgabe nicht verlieren.

Safety first: Die Geologie entscheidet
Wie in vielen Endlagerprojekten weltweit, gab es auch in der Schweiz Rückschläge. Anfangs der Nullerjahre scheiterte das Wellenberg-Projekt für schwach- und mittelaktive Abfälle in der Innerschweiz. Der Widerstand aus der Bevölkerung führte zu zwei verlorenen Abstimmungen auf kantonaler Ebene.

Die Lehren daraus: Es brauchte neue gesetzliche Grundlagen und klarere Rahmenbedingungen für die Partizipation der Bevölkerung. So entstand der „Sachplan geologische Tiefenlager“, der die Standortsuche für ein geologisches Tiefenlager regelt. Die Vorgaben sind klar: Die Sicherheit von Mensch und Umwelt hat oberste Priorität. Politische Motive dürfen keine Rolle spielen. Entscheidend ist die Geologie. Die im Sachplan verankerte Partizipation sorgte für den frühen Einbezug der lokalen Bevölkerung, der Gemeinden, der Kantone und des benachbarten Auslands.

2008 ging es in die erste von drei Etappen. Gestartet wurde auf einer weißen Landkarte der Schweiz. Sechs Gebiete wurden nach geologischen Kriterien ausgewählt. Die Schweiz ist ein kleines Land, die Alpen sind für ein Lager für hochaktive Abfälle generell ungeeignet. Dass das Schweizer Tiefenlager also in Grenznähe zu Deutschland gebaut werden soll, ist schon ziemlich lange klar. Nur dort liegt unser Wirtgestein, der Opalinuston, in der richtigen Tiefe und Ausdehnung vor.

*Der Name Terradura kommt von terra dura – Latein für „feste Erde“

Die Nagra muss nacharbeiten
In der zweiten Etappe wurden die sechs Gebiete genauer untersucht. Gemeinsam mit den Regionalkonferenzen wurden zudem Standorte festgelegt, an denen die Oberflächeninfrastruktur eines Tiefenlagers gebaut werden könnte. Die Nagra wollte schließlich zwei von sechs Standortgebieten weiterverfolgen – und wurde zurückgepfiffen.

Der Bundesrat, das ist die Regierung der Schweiz, genehmigt jeden Verfahrensschritt. Er legte auf Anraten der Sicherheitsbehörden sein Veto ein. Die Nagra wollte das Gebiet Nördlich Lägern nicht weiterverfolgen, weil es sich bautechnisch weniger gut eigne als die beiden anderen Regionen, so die damalige Argumentation. Die Sicherheitsbehörden monierten, dass diese Einschätzung nicht ausreichend mit Daten untermauert sei. Nördlich Lägern blieb im Rennen.

Die Überraschung
Unseren Standortvorschlag kommunizierten wir im September 2022 so: Nördlich Lägern ist der beste Standort mit den größten Sicherheitsreserven. Zurecht tauchten Fragen auf. Wie ist es möglich, dass ausgerechnet das von der Nagra zuvor verschmähte Gebiet das Rennen macht?

Fakt ist: In der dritten Etappe der Standortsuche konnten wir durch die Tiefbohrungen viele neue Daten und Erkenntnisse gewinnen. Deshalb haben wir unsere Einschätzung zur Region Nördlich Lägern revidiert. Aus heutiger Sicht war unsere Einschätzung zur Frage der Bautechnik in Etappe 2 zu vorsichtig. Der Einwand der Behörden hat sich als berechtigt erwiesen. Der Sachplan mit seiner klaren Rollenteilung funktioniert. Wir sind überzeugt: Diese Rollenteilung und das Zusammenspiel aller Akteure sind der Schlüssel zu unserem Jahrhundertprojekt.

Der Sachplan ist eigentlich ein typisch schweizerisches, demokratisches und gründliches Instrument. Damit lösen wir die Aufgabe Tiefenlager nicht besonders schnell. Dafür aber besonders sicher – und gemeinsam mit den Menschen vor Ort.

Schweizer Stimmvolk wird wohl entscheiden
Die Rahmenbewilligungsgesuche sind nicht nur eingereicht. Sie sind auch bereits veröffentlicht – drei Jahre früher als vorgeschrieben. Mit dem Ziel, eine breite Debatte zu ermöglichen. Wir sind offen für jedes Gespräch, jede Meinung und für Kritik – denn sie macht uns besser.

Ob unsere Arbeit überzeugt, entscheiden andere: der Bundesrat, das Parlament und wahrscheinlich das Schweizer Stimmvolk. Die schweizweite Abstimmung käme circa im Jahr 2031 zustande, wenn das Referendum ergriffen wird und genügend Unterschriften gesammelt werden. Davon gehen wir heute aus.

Auch zu seinem Namen kam das Schweizer Tiefenlager demokratisch. Die Bevölkerung konnte Ideen einreichen und bestimmte im August 2025 mittels Onlinevoting. Das Schweizer Tiefenlager erhält den Namen Terradura*. Das passt zu unserer politischen Kultur, in der die direkte Demokratie tief verankert ist. Terradura ist nicht einfach ein Nagra-Projekt – es ist eine nationale Aufgabe. Ein Schweizer Jahrhundertprojekt.

SIE ARBEITEN DRAN

Die Endlagersuche ist eine staatliche Aufgabe. Doch wer sind die Menschen dahinter? Wir stellen fünf BGE-Expert*innen vor.

Protokolle: Philipp Hauner, Katrin Lange
Fotos: Moritz Küstner



Ein Stück Tongestein.
Ton ist eines der drei Wirtsgesteine, die für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle in Frage kommen.

Aaron Brandenburger
Planungsinstrumente und Genehmigungen, Standortauswahl



Ich arbeite beim Vorhabensmanagement in der Gruppe „Planungsinstrumente und Genehmigungen“ und kümmere mich um die Umsetzung der planungswissenschaftlichen Abwägungskriterien. Alles klar, oder? Nein, ganz ehrlich: Ich kann verstehen, dass viele Menschen sich mit der Ausdrucksweise der BGE schwertun. Aber weil wir uns natürlich am Standortauswahlgesetz orientieren, übernehmen wir auch dessen Wortschöpfungen.

Ich versuche es jetzt mal mit meinen eigenen Worten: Bei der Endlagersuche steht eine sichere Geologie an erster Stelle, und im Laufe des Verfahrens scheiden immer mehr Gebiete aus. Bleiben am Ende der Phase I jedoch noch zu viele aus geologischer Sicht gleich gut geeignete Gebiete übrig, kommen gegebenenfalls wir mit den „oberirdischen“ Kriterien zum Zug. Unser Set an elf Kriterien ermöglicht es uns, unter den noch verbleibenden geologisch sehr gut geeigneten Gebieten Nutzungskonflikte zu berücksichtigen. Zum Beispiel werden Gebiete, die näher an einer Wohnbebauung liegen – etwa weniger als einen Kilometer im Vergleich zu anderen gleich gut geeigneten Gebieten –, tendenziell schlechter bewertet; Gebiete mit einer größeren Distanz schneiden besser ab. Auch berücksichtigen wir etwa Kulturgüter und Naturschutzgebiete sowie Grundwasservorkommen, um nur einige Kriterien zu nennen. Perspektivisch arbeiten wir auch an der Durchführung von sozioökonomischen Potenzialanalysen. Darunter verstehen wir unter anderem die Entwicklungsmöglichkeiten eines Gebiets, falls dort ein Endlager errichtet wird.
In meiner Arbeit spielt die Geoinformatik eine wichtige Rolle. Mit ihr habe ich mich bereits in meinem Studium der Forstwissenschaften und Waldökologie beschäftigt. Und noch etwas ist mir vom Studium erhalten geblieben: meine Leidenschaft für Holz.
In meiner Freizeit schnitze ich viele Skulpturen und Schalen; das macht mir Freude.

Bei der BGE entwickle ich mit meinen Kolleg*innen aktuell eine Anwendungsmethode, in der die planungswissenschaftlichen Kriterien auch in der Kartenebene einfließen. Mit unserer Arbeit stellen wir sicher, dass das Verfahren nicht ins Stocken gerät, etwa weil zu viele Gebiete von der Geologie her gleich gut geeignet sind. Das finde ich sehr sinnstiftend – auch wenn es vielleicht etwas klischeehaft klingt.


„Für mich
ist das
sinnstiftend.“

Katharina Bairlein
Geophysikalische Erkundung, Standortauswahl



Salz, Ton und Kristallin: Sie alle eignen sich als Wirtsgestein für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle. Doch wo genau sind die Voraussetzungen am günstigsten? Hier kommen wir von der Erkundung ins Spiel: Meine Abteilung befasst sich mit verschiedenen geophysikalischen Messungen und Bohrungen, um geeignete Standortregionen in der Phase II der Endlagersuche noch enger einzugrenzen. Die Krux dabei: Die Vorschläge für die Standortregionen werden erst Ende 2027 feststehen. Um dann aber sofort passende Erkundungsprogramme parat zu haben, bereiten wir uns jetzt schon darauf vor, auch wenn wir die Standorte noch nicht kennen.

Die einzelnen Erkundungsmethoden funktionieren bei den Wirtsgesteinen unterschiedlich gut: Seismik etwa kann bei einer flachen Tonlagerung die Schichtfolge sehr gut abbilden, beim Inneren von Salzstöcken gerät sie schnell an ihre Grenzen. Und auch im Kristallin können seismische Verfahren die Klüfte, also Risse im Gestein, nur schwer identifizieren. Dann müssen wir andere Methoden einsetzen. Als Geophysikerin hängt mein Herz derzeit an der Elektromagnetik. Aktuell testen wir hierzu in einem Forschungsprojekt eine neue Methode, bei der in der Luft von einem Hubschrauber aus gemessen wird. So lassen sich relativ viele Daten in kurzer Zeit sammeln.

Ist alles zusammengetragen, geht das große Rechnen los: Wir müssen alle Daten prozessieren, umrechnen und dann interpretieren – um am Ende Aussagen über die Eignung eines Gebiets treffen zu können. Man kann sich das Ganze wie ein riesengroßes Puzzle vorstellen, das wir erst zusammensetzen müssen, um dann ein schlüssiges Gesamtbild zu erhalten. Um vom Job abzuschalten, gehe ich in meiner Freizeit Eiskunstlaufen. Ich liebe das Gefühl, übers Eis zu gleiten, und die Leichtigkeit, die sich dann einstellt. In diesem Jahr möchte ich unbedingt mal nach Nordschweden und dort über zugefrorene Gewässer Schlittschuh laufen – und hoffe, das Eis wird tragen. Seine Dicke könnte man sicherlich gut mit Georadar messen, aber das würde jetzt zu weit führen …



„Es ist ein riesengroßes Puzzle.“

Jan-Michael Schürholz
Unternehmenskommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, Standortauswahl



Würde man meinen Sohn fragen, was ich beruflich mache, käme vermutlich die Antwort, dass ich vor dem Computer sitze und die ganze Zeit spreche. Das trifft es nur halbwegs. Meine Tätigkeit in der Öffentlichkeitsarbeit beschränkt sich nicht nur auf übliche Büroarbeiten. Ich bin auch deutschlandweit viel unterwegs, begleite Dialogveranstaltungen vor Ort oder digital und betreue unsere Stände bei großen Messen.

Die BGE auf der Leipziger Buchmesse oder der didacta? Aber ja! Auf Messen können wir überraschen und mit vielen Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch kommen. Wir erfahren, was die Menschen bewegt. Natürlich kann ich viele Ängste auch nachvollziehen – schließlich kann man Radioaktivität weder sehen noch hören, riechen oder schmecken. Gleichzeitig versuchen wir zu vermitteln, dass wir als BGE mit entsprechenden Schutzmaßnahmen Risiken auf ein absolutes Minimum reduzieren können. Das ist ohnehin der Hauptgrund für ein tiefengeologisches Endlager: Dort sind die Abfälle viel sicherer als in den vielen oberirdischen Zwischenlagern, wo sie sich derzeit noch befinden.

Um den Kopf freizukriegen, gehe ich am liebsten eine große Runde spazieren. Oft gleich am Salzgittersee, wo ich wohne – hier kann man den Blick so schön über das Wasser schweifen und den Arbeitsalltag hinter sich lassen. Außerdem bastle ich gerne an unserer Modelleisenbahn. Ich mag es, mich dabei im Detail zu verlieren. Sie ist ein Gemeinschaftsprojekt mit meinem Sohn, zusammen schaffen wir eine neue Eisenbahnwelt.

In meiner Zeit vor der BGE habe ich zwölf Jahre lang bei der Bundeswehr gedient. Als Redakteursoffizier war ich in Krisengebieten auf dem Balkan tätig. Unsere Kommunikation mit den Einheimischen vor Ort hatte ein Ziel: das Gefahrenpotenzial für die deutschen Soldaten zu reduzieren. Auch heute ist meine übergeordnete Aufgabe der Gefahrenschutz. Schließlich muss die gesamtdeutsche Bevölkerung bestmöglich vor den Risiken, die von hochradioaktiven Abfällen ausgehen, geschützt werden. Das geht nur, wenn die Castoren von den vielen oberirdischen Zwischenlagern in ein sicheres Endlager gebracht werden. Daran arbeiten wir jeden Tag.



„Sicherheit braucht Dialog.“

Ratiba Franke
Projektmanagement, Standortauswahl



Bei der BGE bin ich eher zufällig gelandet. Vorher habe ich im Projektmanagement in der Automobilbranche gearbeitet. Endlagerung – damit hatte ich mich kaum beschäftigt. Als 2020 der Zwischenbericht Teilgebiete durch die Medien ging, habe ich recherchiert: Ich war überrascht, was für eine spannende und verantwortungsvolle Aufgabe die Endlagersuche ist. Wenn wir Atommüll produzieren, müssen wir die Konsequenz tragen und ihn sicher bei uns endlagern. Dazu wollte ich einen Beitrag leisten und habe mich bei der BGE beworben.

Der Wechsel aus der Automobilbranche zur BGE war eine Umstellung. Der Fokus verschob sich von Geschwindigkeit auf Gründlichkeit und Sorgfalt. Es hat ein paar Monate gedauert, bis ich das verstanden hatte. Genau diese akribische Arbeitsweise ist unsere größte Stärke und Basis für das Vertrauen, das wir für dieses Generationenprojekt brauchen.

Ich arbeite jetzt im Projektmanagement Standortauswahl. Alle Fäden laufen hier zusammen: Terminpläne, Prozesse, Risikomanagement, der Status von Jahreszielen und vieles mehr. Einen Großteil meiner Arbeitszeit verbringe ich mit dem Verfassen von Berichten und Präsentationen. Ich bündle die Flut an Informationen und sorge für den roten Faden – für unsere Projektleitung und Geschäftsführung ebenso wie für unsere Aufsichtsbehörden, also das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) und das Bundesumweltministerium. Das klingt trocken, ist aber Grundlage für Transparenz in der Endlagersuche.

Dieses strukturierte Arbeiten ist nur eine Seite von mir. Mein Mann findet es faszinierend, wie gegensätzlich ich sein kann: bei der Arbeit organisiert und fokussiert, privat eher chaotisch. In meiner Freizeit male ich abstrakte Bilder. Da gibt es keine Pläne oder Logik, nur Farbe und Gefühl.

Wenn ich von meiner Arbeit erzähle, spüre ich bei den Menschen oft Unsicherheit. Sie fragen, ob ein Endlager gefährlich sei oder warum die Suche danach so lange dauert. Ich nehme mir dann gerne Zeit, erläutere unser Verfahren und beantworte ihre Fragen. Ich bin froh, wenn ich so Vertrauen in unsere Arbeiten schaffen und erklären kann, dass es eben sehr aufwendig ist, den Endlagerstandort mit der bestmöglichen Sicherheit zu finden.


„Ich sorge für
den roten Faden.“

Oliver Helten
Methodenentwicklung und Anwendung, Standortauswahl



„Wir suchen die langweiligste Geologie Deutschlands“ – das sage ich immer gern, wenn ich nach meiner Tätigkeit gefragt werde. Denn es ist ja tatsächlich so: Für ein Endlager brauchen wir sehr beständige Verhältnisse und eine Geologie, die für eine Million Jahre die bestmögliche Sicherheit bietet.

Ich beschäftige mich bei der BGE mit methodischen Grundlagen der Standortsuche. Außerdem koordiniere ich einen Teil der fachlichen Arbeit in einigen Gebieten im Tongestein. Als Geowissenschaftler begeistert mich dieses Material. Es besteht aus Kleinstpartikeln – viel kleiner noch als Sandkörner –, die ursprünglich im Meerwasser schwebten und sich dann langsam am Meeresboden abgesetzt haben. Über Jahrmillionen haben sich so in vielen Gegenden Deutschlands massive Tonschichten gebildet.

Für die Endlagerung bietet Tongestein günstige Eigenschaften, auch, weil seine Partikel negativ geladene Oberflächen besitzen. Deshalb kann es Elemente, unter anderem auch Radionuklide, an sich binden – im Fachsprech nennt man das „Sorption“. Allerdings ist Ton temperaturempfindlicher als die anderen Wirtsgesteine Kristallin und Steinsalz.

Während wir als BGE die langweiligste Geologie Deutschlands suchen, zieht mich in meiner Freizeit das genaue Gegenteil an: spannender und zerklüfteter Fels. Im Sommer ist ein Trip nach Luxemburg geplant, da gibt es malerische und hohe, rote Sandsteinwände, die ich beklettern möchte. Aber ein Prinzip bleibt doch immer das Gleiche, beim Sportklettern wie bei der BGE: Sicherheit steht an erster Stelle.


„Sportklettern wie
Endlagersuche –
Sicherheit steht an
erster Stelle.“

FINANZ DATEN



Ein Stück Salzgestein.
Salz ist eines der drei Wirtsgesteine, die für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle in Frage kommen.

Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE), Peine

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2025

Aktiva

	31.12.2025 TEUR	31.12.2024 TEUR
A. Anlagevermögen		
I. Sachanlagen		
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	3.773	3.841
	3.773	3.841
II. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	690	690
2. Sonstige Ausleihungen	0	0
	690	690
	4.463	**4.531**
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	11.399	10.432
	11.399	10.432
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	174	220
2. Forderungen gegenüber der Gesellschafterin	125.452	196.847
3. Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	65	98
4. Sonstige Vermögensgegenstände	8.466	7.867
	134.157	205.032
III. Guthaben bei Kreditinstituten	601	828
	146.157	**216.292**
C. Rechnungsabgrenzungsposten	**4.579**	**2.445**
	155.199	**223.268**
Treuhandvermögen	**1.133**	**1.128**

Passiva

		31.12.2025	31.12.2024
		TEUR	TEUR
A.	Eigenkapital		
I.	Gezeichnetes Kapital	2.825	2.825
II.	Kapitalrücklage	37	37
III.	Gewinnrücklagen	1.942	1.942
IV.	Jahresüberschuss	152	0
		4.956	**4.804**
B.	Rückstellungen		
1.	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	16.064	17.110
2.	Steuerrückstellungen	1.187	30.622
3.	Sonstige Rückstellungen	60.798	61.668
		78.049	**109.400**
C.	Verbindlichkeiten		
1.	erhaltene Anzahlungen	0	132
2.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	50.275	69.889
3.	Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin	4.138	4.920
4.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.016	1.334
5.	Sonstige Verbindlichkeiten	16.765	32.789
		72.194	**109.064**
D.	Rechnungsabgrenzungsposten	**0**	**0**
		155.199	**223.268**
	Treuhandverpflichtungen	**1.133**	**1.128**

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025

		2025	2024
		TEUR	TEUR
1.	Umsatzerlöse	609.748	734.454
2.	andere aktivierte Eigenleistungen	5	0
3.	Sonstige betriebliche Erträge	42.420	4.994
		652.173	739.448
4.	Materialaufwand		
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	52.239	63.946
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	291.676	358.477
		343.915	422.423
5.	Personalaufwand		
	a) Löhne und Gehälter	214.049	203.357
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	53.436	51.152
		267.485	254.509
6.	Abschreibungen auf Sachanlagen	68	68
7.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	39.559	33.497
		651.027	710.497
8.	Erträge aus Beteiligungen	152	0
9.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	145
10.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	568	3.927
11.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	-11
12.	**Ergebnis nach Steuern**	**732**	**25.180**
13.	Sonstige Steuern	579	25.180
14.	**Jahresüberschuss**	**152**	**0**

ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2025

Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss der Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE) über das Geschäftsjahr vom 01.01.2025 bis 31.12.2025 wurde auf der Grundlage der Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) aufgestellt. Ergänzend zu diesen Vorschriften waren die Regelungen des GmbH-Gesetzes und des Gesellschaftsvertrags zu beachten. Nach den in § 267 HGB angegebenen Größenklassen ist die BGE eine große Kapitalgesellschaft.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB aufgestellt.

Die BGE ist im Handelsregister des Amtsgerichts Hildesheim unter HRB 204918 eingetragen. Alleinige Gesellschafterin ist die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN). Sitz der Gesellschaft ist Peine.

Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bei der Gesellschaft wird grundsätzlich kein eigenes zu aktivierendes Sachanlagevermögen geführt, da die BGE das Eigentum oder die Anwartschaftsrechte an beweglichen Gegenständen, die zum Zwecke des Betriebs beschafft und vom BMUKN finanziert werden, zu dem Zeitpunkt auf das BMUKN überträgt, zu dem die BGE selbst diese Rechte erwirbt.

Das ausgewiesene Sachanlagevermögen betrifft die Bilanzierung des im Jahr 2021 erworbenen Verwaltungsgebäudes (inklusive Grund und Boden) in Peine. Die Bilanzierung erfolgt zu Anschaffungskosten im Anlagevermögen und wurde mit dem der PALEA Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG gewährten Mieterdarlehen in gleicher Höhe verrechnet. Das Anlagevermögen wird linear über die Nutzungsdauer (Verwaltungsgebäude über 33 Jahre, Außenanlagen über 10 Jahre) abgeschrieben.

Weiteres Sachanlagevermögen im Zusammenhang mit der Immobilie Peine wurde ebenfalls zu Anschaffungskosten, vermindert um Investitionszuschüsse, bewertet, so dass der jeweilige Vermögensgegenstand mit einem Buchwert von Null bilanziert wird. Entsprechend fallen hierfür keine Abschreibungen an.

Die in den Finanzanlangen ausgewiesenen Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten bewertet. Die sonstigen Ausleihungen wurden mit dem Nennwert ausgewiesen.

Geleistete Anzahlungen werden zum Nominalwert angesetzt.

Vorräte, Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden zum Nennwert bewertet. Soweit erforderlich werden Wertberichtigungen gebildet.

Die liquiden Mittel werden mit ihrem Nennbetrag angesetzt.

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten betreffen Ausgaben vor dem Abschlussstichtag, die Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tage darstellen.

Der Ansatz des gezeichneten Kapitals erfolgt zum Nennwert.

Die Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt.

Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mit Ausnahme der Rückstellungen für Pensionen mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

Die Rückstellungen für Pensionen werden auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (sog. „Projected Unit Credit Method“) unter Berücksichtigung der „Richttafeln 2018 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck, Köln, bewertet. Die passivierten Pensionsverpflichtungen richten sich ausschließlich für Einzelzusagen nach der Leistungsordnung und der beitragsorientierten Versorgungsregelung des Bochumer Verbandes. Die Bewertung der Rückstellungen für Pensionen erfolgt mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre (§ 253 Abs. 2 HGB). Bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren entspricht dies 2,06 % (Vorjahr 1,90 %). Der Gehaltstrend wurde unverändert mit 2,75 %, der Rententrend unverändert mit 2,0 % bzw. 1,0 % für Zusagen mit Anpassungsgarantie berücksichtigt. Für die zu erwartende Mitarbeiterentwicklung (Fluktuation) werden alters- und geschlechtsabhängige Wahrscheinlichkeiten angesetzt.

Der Unterschiedsbetrag aus der unterschiedlichen Bewertung der Pensionsrückstellungen zum sieben- bzw. zehnjährigen Diskontierungssatz beläuft sich zum Bilanzstichtag auf TEUR -256.

Darüber hinaus werden für ungewisse Verbindlichkeiten aus Versorgungsansprüchen Rückstellungen gebildet. Die Rückstellungen werden grundsätzlich entsprechend der Laufzeit abgezinst (§ 253 Abs. 2 HGB). Da die Restlaufzeit unter einem Jahr liegt, wurde keine Abzinsung der Rückstellungen vorgenommen.

Die Bewertung der Jubiläumsrückstellungen und der Rückstellungen für Sterbegeldverpflichtungen innerhalb der sonstigen Rückstellungen erfolgt ebenfalls auf der Grundlage der versicherungsmathematischen Berechnungen mittels der sog. „Projected Unit Credit Method“ unter Berücksichtigung der „Richttafeln 2018 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck, Köln.
Der aktuelle Rechnungszinssatz beträgt 2,22 % (Vorjahr 1,96 %).

Weiterhin beinhalten die sonstigen Rückstellungen Beträge für erbrachte Leistungen von Auftragnehmern, die noch nicht zur Auszahlung gelangt sind, Gebühren für das laufende Antragsverfahren auf Stilllegung des Endlagers für radioaktive Abfälle Morsleben und zur Stilllegung der Schachtanlage Asse II. Die übrigen Rückstellungen (Personalverpflichtungen und Jahresabschlusskosten) berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen.

Verbindlichkeiten werden zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

Auf den Ausweis des Aktivüberhangs an latenten Steuern wurde verzichtet. Der Bewertung von latenten Steuern liegt ein Steuersatz von 29,3 % zugrunde (15,82 % für die Körperschaftsteuer, einschließlich Solidaritätszuschlag und 13,48 % für die Gewerbesteuer). Differenzen zwischen Handels- und Steuerrecht ergeben sich insbesondere bei den Pensions-, Jubiläums- und Sterbegeldrückstellungen sowie den Verfahrenskosten für die Stilllegung des Endlagers für radioaktive Abfallfälle Morsleben und der Schachtanlage Asse II.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden haben sich im Vergleich zum Vorjahr, nicht geändert und wurden stetig fortgeführt.

Angaben zur Bilanz

Das Anlagevermögen beinhaltet primär Sachanlagen sowie Anteile an der Tochtergesellschaft BGE TECHNOLOGY GmbH (BGE TEC). Hinsichtlich der Entwicklung im Berichtsjahr wird auf den Anlagenspiegel verwiesen.

Die Forderungen gegen die Gesellschafterin (TEUR 125.452; Vorjahr TEUR 196.847) resultieren aus der Abrechnung der Leistungserbringung der BGE. Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen (TEUR 65; Vorjahr TEUR 98) entfallen ausschließlich auf die BGE TEC und resultieren aus der Leistungsabrechnung im Rahmen des Geschäftsbesorgungs- und Servicevertrages. Sämtliche Forderungen, mit Ausnahme der Forderungen, die die langfristigen Rückstellungen betreffen (TEUR 24.610; Vorjahr TEUR 26.491), und sonstigen Vermögensgegenstände haben wie im Vorjahr eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Die sonstigen Vermögensgegenstände (TEUR 8.466; Vorjahr TEUR 7.867) betreffen u. a. Ansprüche aus Weiterberechnungen an die Antragsteller im Rahmen der Produktkontrolle sowie Steuererstattungsansprüche.

Die flüssigen Mittel (TEUR 601; Vorjahr TEUR 828) bestehen aus laufenden Bankguthaben bei Kreditinstituten.

Die Kapitalrücklage in Höhe von TEUR 37 setzt sich aus nicht zur Erhöhung des gezeichneten Kapitals eingebrachten Kapitalanteilen der Vorgesellschaften DBE und Asse-GmbH zusammen.

Die Steuerrückstellung enthält Risiken aus der steuerlichen Betriebsprüfung der Jahre 2016 bis 2020 in Höhe von TEUR 817 (Vorjahr TEUR 34.139) sowie für Grunderwerbsteuervorgänge in Höhe von TEUR 370.

In den sonstigen Rückstellungen sind nachfolgende Positionen enthalten:

Sonstige Rückstellungen	2025	2024
	TEUR	TEUR
Rückstellungen ausstehende Rechnungen	44.988	41.176
Rückstellungen Personalverpflichtungen	8.885	9.113
Rückstellung Verfahrenskosten Stilllegung des Endlagers für radioaktive Abfälle Morsleben	4.147	4.867
Steuerliche Risiken	0	3.517
Rückstellung Verfahrenskosten Stilllegung der Schachtanlage Asse II	2.698	2.917
Jahresabschlusskosten	79	78
Gesamt	**60.798**	**61.668**

Die Rückstellung für Jahresabschlusskosten 2025 ist mit TEUR 79 gebildet.

Die personalbezogenen Rückstellungen beinhalten überwiegend Verpflichtungen aus Urlaubs- und Zeitguthaben.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen resultieren in voller Höhe aus den Leistungsbeziehungen mit der BGE TEC. Die Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin resultieren überwiegend aus den im Namen und auf Rechnung des BMUKN durchgeführten Abrechnungen der Produktkontrolle.

Die sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 16.765 (Vorjahr TEUR 32.789) beinhalten im Wesentlichen Verpflichtungen aus noch abzuführender Umsatz- und Lohnsteuer (TEUR 16.591; Vorjahr TEUR 32.697) für die Monate November und Dezember sowie weitere Zahlungsverpflichtungen gegenüber Personal (TEUR 141; Vorjahr TEUR 81), davon TEUR 32 (Vorjahr TEUR 11) aus sozialer Sicherheit.

Alle Verbindlichkeiten haben, wie im Vorjahr, eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Es bestehen keine Sicherungen durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte.

Bei dem unter der Bilanz ausgewiesenen Betrag in Höhe von TEUR 1.133 handelt es sich um treuhänderisch verwaltete Sicherheitsleistungen für Verpflichtungen nach dem Niedersächsischen Naturschutzgesetz für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Raum Gorleben. Dem Treuhandvermögen stehen systementsprechend Treuhandverpflichtungen in derselben Höhe gegenüber.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse gliedern sich wie folgt auf die Tätigkeitsbereiche auf:

	31.12.2025	31.12.2024
	TEUR	TEUR
Konrad	284.034	382.782
Asse	161.002	178.789
Morsleben	77.297	82.274
Standortauswahl	45.723	52.631
Gorleben	25.521	19.448
Produktkontrolle	15.874	18.141
Übrige Umsatzerlöse	297	389
Gesamt	**609.748**	**734.454**

Die übrigen Umsatzerlöse umfassen Leistungen für die Tochtergesellschaft BGE TEC (TEUR 190; Vorjahr TEUR 291) sowie Erlöse aus dem Kantinenbetrieb (TEUR 107; Vorjahr TEUR 98). Sämtliche Umsatzerlöse wurden im Inland erzielt.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen (TEUR 42.420; Vorjahr TEUR 4.994) sind neben periodenfremden Erträgen in Höhe von TEUR 9.763 (Vorjahr TEUR 4.344) auch außergewöhnliche Erträge enthalten. Die außergewöhnlichen Erträge entfallen auf die Auflösung der Rückstellung für steuerliche Risiken aus der Betriebsprüfung der Jahre 2016 bis 2020 (TEUR 33.321, Vorjahr TEUR 0), da die Finanzverwaltung dem Einspruch der BGE auf Vertrauensschutz stattgegeben hat und die Prüfungsfeststellungen des Betriebsprüfers zum § 14c UStG nicht weiterverfolgt. Somit konnte eine doppelte Umsatzsteuerveranlagung für die Jahre 2013 und 2014 abgewendet werden. Von den periodenfremden Erträgen entfallen auf nicht benötigte vorsorglich gebildete Rückstellungen für ausstehende Rechnungen über Nachträge von Auftragnehmern (TEUR 7.074; Vorjahr TEUR 3.691), Erstattungen der Berufsgenossenschaft Rohstoffe und chemische Industrie (TEUR 16; Vorjahr TEUR 129) sowie weiterer Erstattungen aus Vorjahren (TEUR 205; Vorjahr TEUR 89). Darüber hinaus enthalten die sonstigen betrieblichen Erträge Vertragsstrafen und Schadenersatzansprüche in Höhe von TEUR 1.159 sowie sonstige Erstattungen und Zuschüsse in Höhe von TEUR 247.

Im Materialaufwand werden die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (TEUR 52.239; Vorjahr TEUR 63.946) sowie Aufwendungen für bezogene Leistungen (TEUR 291.676; Vorjahr TEUR 358.477) ausgewiesen. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen umfassen überwiegend Rückstellungsaufwand für ausstehende Rechnungen, Werkverträge und Dienstleistungen, Arbeitnehmerüberlassungen, Wachdienste, Instandhaltungsmaßnahmen sowie Energiekosten.

Der Personalaufwand beinhaltet Aufwendungen für die Altersversorgung in Höhe von TEUR 510 (Vorjahr TEUR 2.792). Der Aufwand wird beeinflusst durch die jährliche versicherungsmathematische Berechnung und Anpassung der Pensionsverpflichtungen.

Die Abschreibungen (TEUR 68; Vorjahr TEUR 68) beziehen sich auf den 2021 erfolgten Erwerb des Verwaltungsgebäudes mit Außenanlagen im eigenen Namen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (TEUR 39.559; Vorjahr TEUR 33.497) enthalten hauptsächlich allgemeine Verwaltungskosten, u. a. Mietaufwendungen, Gutachter- und externe Unterstützungsleistungen, Personalnebenkosten sowie Gebühren im Zusammenhang mit atomrechtlicher Aufsicht.

Die Zinsaufwendungen in Höhe von TEUR 568 (Vorjahr TEUR 3.927) betreffen vornehmlich Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen (TEUR 455; Vorjahr TEUR 376).

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag fallen für das Geschäftsjahr 2025 aufgrund des steuerlichen Verlustvortrages nicht an.

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Gesellschaft führt ihren Geschäftsbetrieb in ihrer eigenen Immobilie in Peine. Zur Erreichung ihrer Ziele hat die Gesellschaft weitere Gebäudeteile und Lagerflächen angemietet und hat daraus Verpflichtungen in Höhe von TEUR 33.156. Die finanziellen Verpflichtungen aus anderen bestehenden Miet-, Pacht- oder Leasingverträgen belaufen sich für die vereinbarten Laufzeiten am Bilanzstichtag auf TEUR 4.191. Insgesamt resultieren aus den bestehenden Verträgen finanzielle Verpflichtungen von insgesamt TEUR 40.510.

Zur Sicherung bestehender sowie künftiger Forderungen der Volksbank BRAWO eG gegenüber der BGE TEC besteht eine Bürgschaft für Einzelforderungen in Höhe von TEUR 750. Von einer Inanspruchnahme wird nicht ausgegangen, da die BGE TEC über eine ausreichende Liquidität verfügt.

Sonstige Angaben Zuarbeit

Organe

Geschäftsführung
Die Gesellschaft wurde 2025 von folgenden Geschäftsführer*innen geführt:

- Iris Graffunder,
  Stutensee,
  Vorsitzende der Geschäftsführung
- Marlis Koop,
  Hildesheim,
  Geschäftsführerin und Arbeitsdirektorin
- Dr. Thomas Lautsch,
  Peine,
  Technischer Geschäftsführer,
  bis 30.06.2025
- Jürgen Korth,
  Peine,
  Technischer Geschäftsführer,
  seit 01.07.2025

Die Bezüge der Geschäftsführung im Berichtsjahr 2025 umfassen die festen Gehaltszahlungen einschließlich der Nebenleistungen. Erfolgsabhängige Vergütungsbestandteile werden nicht gezahlt.

Geschäftsführer	Grund-vergütung	Neben-leistungen	Sonstige Bezüge	Summe Bezüge gem. § 285 HGB	Zuführung Rückstellungen Altersvorsorge gem. § 249 HGB
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Iris Graffunder	295	74	-	369	0
Marlis Koop	275	75	-	350	0
Dr. Thomas Lautsch	138	77	-	215	73
Jürgen Korth	138	45	-	183	0
Gesamtbetrag	**846**	**271**	**0**	**1.117**	**73**

Die Pensionsverpflichtungen gegenüber den ehemaligen Mitgliedern der Geschäftsführung eines verschmolzenen Rechtsträgers sind mit insgesamt 6,8 Mio. EUR zurückgestellt, deren laufende Bezüge betrugen TEUR 616. Darüber hinaus bestehen Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen gegenüber ehemaligen Mitgliedern der Geschäftsführung der BGE in Höhe von 1,5 Mio. EUR.

Aufsichtsrat

Die BGE unterliegt seit 2021 dem Mitbestimmungsgesetz (MitbestG). Dieses schreibt u. a. die paritätische Besetzung des Aufsichtsrates vor. Im Jahr 2025 waren acht gewählte Vertreter der Arbeitnehmer sowie acht von der Gesellschafterin bestellte Vertreter der Anteilseignerin Mitglieder im Aufsichtsrat:

Dem Aufsichtsrat gehörten in 2025 die nachfolgend aufgeführten Mitglieder an:

- Dirk Alvermann,
  Arbeitnehmervertreter der BGE
- Harald Ebner,
  Mitglied des Bundestags
- Christina Egelkraut,
  Arbeitnehmervertreterin der BGE
- Claudia Engelhardt,
  Unterabteilungsleiterin im BMUKN
- Dr. Markus Fritschi,
  ehemals stellvertretender-. Vorsitzender der Geschäftsleitung bei der Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra)
- Dr. Jan-Niclas Gesenhues,
  Parlamentarischer Staatssekretär im BMUKN (Vorsitzender), bis 06.05.2025

- Franz-Gerhard Hörnschemeyer,
  Gewerkschaftssekretär der IG BCE
  (stellvertretender Vorsitzender)
- Sylvia Kotting-Uhl,
  Mitglied des Bundestages a. D.
- Carsten Meyer,
  Arbeitnehmervertreter der BGE
- Christina Offermanns,
  Arbeitnehmervertreterin der BGE
- Dr. Thomas Schröpfer,
  Arbeitnehmervertreter der BGE
- Rita Schwarzelühr-Sutter,
  Parlamentarische Staatssekretärin im BMUKN
  (Vorsitzende), seit 19.06.2025
- Dr. Romy Strecker,
  Referatsleiterin im BMF
- Lilian Tschan, Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)
- Marike Vornkahl,
  Gewerkschaftsvertreterin der IG BCE
- Nicolaus-Alejandro Weil von der Ahe,
  Referent im BMF
- Sebastian Zwetkow-Tobey,
  Arbeitnehmervertreter der BGE

Für die Ausübung der Tätigkeit als Aufsichtsratsmitglied der BGE wurde entgegen Ziff. 6.2.2 PCGK keine Altersgrenze festgelegt, um zusätzliche spezifische Kompetenzen und Erfahrungen zum Vorteil der Gesellschaft in das Gremium einbringen zu können.

Die Berichterstattung der Geschäftsführung an den Aufsichtsrat erfolgt entsprechend § 90 AktG. Darüber hinaus sind für Geschäfte von grundlegender Bedeutung Zustimmungsvorbehalte zugunsten des Aufsichtsrates im Gesellschaftsvertrag der BGE festgelegt. Dabei handelt es sich insbesondere um Entscheidungen und Maßnahmen, die zu einer erheblichen Veränderung der Geschäftstätigkeit im Rahmen des Gesellschaftsvertrages oder zu einer grundlegenden Veränderung der Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage oder der Risikostruktur des Unternehmens führen können.

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 08.09.2023 wird jedem Aufsichtsratsmitglied, das nicht zugleich Mitglied der Bundesregierung, Parlamentarische Staatssekretärin oder Parlamentarischer Staatssekretär ist, für die Tätigkeit im Aufsichtsrat eine Vergütung in Höhe von EUR 4.000,00 pro Jahr gewährt.

Die Aufsichtsratsmitglieder haben für 2025 folgende Vergütung erhalten:

• Dirk Alvermann	EUR 4.000,00
• Harald Ebner	EUR 4.000,00
• Christina Egelkraut	EUR 4.000,00
• Claudia Engelhardt	EUR 4.000,00
• Dr. Markus Fritschi	EUR 4.000,00
• Franz-Gerhard Hörnschemeyer	EUR 4.000,00
• Sylvia Kotting-Uhl	EUR 4.000,00
• Carsten Meyer	EUR 4.000,00
• Christina Offermanns	EUR 4.000,00
• Dr. Thomas Schröpfer	EUR 4.000,00
• Dr. Romy Strecker	EUR 4.000,00
• Marike Vornkahl	EUR 4.000,00
• Nicolaus-Alejandro Weil von der Ahe	EUR 4.000,00
• Sebastian Zwetkow-Tobey	EUR 4.000,00

Für das Jahr 2025 wurden den Mitgliedern des Aufsichtsrats somit Sitzungsgelder in Höhe von insgesamt TEUR 56 ausgezahlt.

Zum bestehenden Vermittlungsausschuss wurden im Mai 2022 der Präsidialausschuss sowie der Prüfungs- und Risikoausschuss eingesetzt. Die Ausschüsse sind paritätisch mit Mitgliedern des Anteilseigners und der Arbeitnehmerseite besetzt. Aufgabe der Ausschüsse ist die Vorbereitung von Entscheidungen des Plenums, dem die abschließende Beschlussfassung obliegt.

Public Corporate Governance Kodex

Die Gesellschaft hat die Entsprechenserklärung nach dem Public Corporate Governance Kodex (PCGK) des Bundes für 2024 im Juni 2025 abgegeben und diese auf der Homepage der Gesellschaft veröffentlicht. Die Entsprechenserklärung für das Jahr 2025 soll im Juli 2026 veröffentlicht werden.

Deutscher Nachhaltigkeitskodex

Die BGE hat den 2025 erstellten Nachhaltigkeitsbericht für 2024 im Dezember 2025 veröffentlicht. Der Nachhaltigkeitsbericht 2025 soll im Laufe des Jahres 2026 veröffentlicht werden. Diese Berichte ersetzen die nicht finanzielle Erklärung gem. § 289 ff. HGB.

Honorar des Abschlussprüfers

Das für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar für den Abschlussprüfer wird im Konzernabschluss der BGE dargestellt.

Durchschnittlich beschäftigte Mitarbeitende

Im Jahresdurchschnitt waren nach § 267 Abs. 5 HGB im Unternehmen 2.249 eigene Mitarbeiter*innen beschäftigt.

Anteilsbesitz

Der Anteilsbesitz betrifft die hundertprozentige Beteiligung an der BGE TEC, Peine.

Die BGE TEC erzielte 2025 einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 85.

Das Eigenkapital der BGE TEC beträgt zum 31. Dezember 2025 TEUR 2.698.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Der eskalierte Konflikt im Nahen Osten (Iran-Konflikt) führt zu Verwerfungen an den Rohstoff- und Energiemärkten, was steigende Öl- und Gaspreise sowie potenzielle neue Lieferkettenprobleme zur Folge hat. Die Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit der BGE lassen sich derzeit im Detail noch nicht abschätzen. Weitere wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag sind nicht eingetreten.

Standorte	Jahres-durchschnitt Mitarbeitende	davon weiblich
Peine / Berlin	760	327
Konrad	491	56
Morsleben	185	31
Gorleben	57	5
Salzgitter	125	62
Wolfenbüttel / Remlingen (Asse)	631	123
Beschäftigte gesamt	**2.249**	**604**

Peine, den 31. März 2026

Iris Graffunder
Vorsitzende der Geschäftsführung

Marlis Koop
Kaufmännische Geschäftsführerin und Arbeitsdirektorin

Jürgen Korth
Technischer Geschäftsführer

Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE)

ENTWICKLUNG DES ANLAGEVERMÖGENS 2025

	Anschaffungs- und Herstellungskosten				
	Stand 1.1.2025	Zugänge	Zuschüsse	Abgänge	Stand 31.12.2025
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
I. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	4.073	0	0	0	4.073
	4.073	**0**	**0**	**0**	**4.073**
II. Finanzanlagen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	690	0	0	0	690
2. sonstige Ausleihungen	0	0	0	0	0
	690	**0**	**0**	**0**	**690**
Summe Anlagevermögen	**4.763**	**5**	**-5**	**0**	**4.763**

Wertberichtigungen				Buchwerte	
kumulierte Wertberichtigungen 1.1.2025	Zugänge AfA	Abgänge	kumulierte Wertberichtigungen 31.12.2025	Stand 31.12.2025	Stand 31.12.2024
TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
232	**68**	**0**	**300**	3.773	3.841
232	68	0	300	**3.773**	**3.841**
0	0	0	0	690	690
0	0	0	0	0	0
0	**0**	**0**	**0**	**690**	**690**
232	**68**	**0**	**300**	**4.463**	**4.531**

LAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2025

GRUNDLAGEN DER GESELLSCHAFT

Das am 30.07.2016 in Kraft getretene Gesetz zur Neuordnung der Organisationsstruktur im Bereich der Endlagerung hat die Zuständigkeiten der beteiligten Institutionen neu geordnet. Zur Wahrnehmung der Aufgaben der Endlagerung nach dem Gesetz über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren (Atomgesetz - AtG) sowie zur Durchführung des Standortauswahlverfahrens nach dem Standortauswahlgesetz (StandAG) hat der Bund die Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE) eingerichtet. Sie ist als privatrechtliche Gesellschaft organisiert und befindet sich im Eigentum des Bundes. Alleinige Gesellschafterin der BGE ist die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN).

Mit Bescheid vom 24.04.2017, zuletzt geändert durch Bescheid vom 28.02.2022, übertrug das BMUKN (seinerseits als Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit handelnd) der BGE die Wahrnehmung der Aufgaben des Bundes nach § 9a Abs. 3 Satz 1 AtG und die hierfür erforderlichen hoheitlichen Befugnisse nach § 9a Abs. 3 Satz 3 erster Halbsatz AtG.

Die Übertragung beinhaltet:

1. die Errichtung, den Betrieb und die Stilllegung von Endlagern sowie den Betrieb und die Stilllegung der Schachtanlage Asse II nach § 57 b AtG mit allen damit verbundenen Aufgaben nach § 9a Abs. 3 Satz 1 AtG,
2. die hoheitlichen Befugnisse zum Erlass von Verwaltungsakten
   a. nach § 3 Abs. 1 Satz 2 der Atomrechtlichen Entsorgungsverordnung, mit denen die Endlagerfähigkeit von Abfallgebinden bestätigt wird,
   b. nach § 2 Abs. 5 Satz 1 Nummer 1 in Verbindung mit Satz 2 und Satz 3 des Entsorgungsübergangsgesetzes, mit denen die Abgabefähigkeit von Abfallgebinden mit radioaktiven Abfällen mit vernachlässigbarer Wärmeentwicklung an den Dritten nach § 2 Abs. 1 Satz 1 des Entsorgungsübergangsgesetzes festgestellt wird,
   c. nach § 7 Abs. 2 der Atomrechtlichen Entsorgungsverordnung, mit denen die Abfälle zur Einlagerung in ein Endlager abgerufen werden und
   d. nach § 34 Abs. 1 oder 2 in Verbindung mit § 35 Abs. 1 des Geologiedatengesetzes, mit denen über die öffentliche Bereitstellung nichtstaatlicher Fach- oder Bewertungsdaten entschieden wird

nach Maßgabe der im Übertragungsbescheid niedergelegten Bestimmungen.

Durch die Übertragung der Wahrnehmung der Aufgaben des Bundes nach § 9a Abs. 3 Satz 1 AtG wird die BGE zugleich Vorhabenträgerin im Sinne des StandAG.

Ebenso ist die BGE mit Ausnahme des Projekts Konrad Bauherrin im Sinne der einschlägigen bauordnungsrechtlichen Regelungen. Mit Wirkung ab Ende Juni 2019 wurde für das Projekt Konrad die Bauherreneigenschaft auf den Bund übertragen. Dieser hat zur Erfüllung seiner Aufgaben zum einen eine Bauverwaltung beim Umweltbundesamt eingerichtet („privilegiertes Bauen“ gemäß § 74 Niedersächsische Bauordnung und bauaufsichtliche Überwachung der Bauarbeiten); zum anderen wurde die BGE bevollmächtigt, alle nicht dem Umweltbundesamt obliegenden Bauherrenaufgaben / -pflichten im Projekt Konrad für den Bund zu erfüllen.

Weiterhin übertrug das BMUKN (seinerseits als Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit handelnd) mit Schreiben vom 13.09.2019 die Zuständigkeit der Entwicklung der Endlagerbehälter für hochradioaktive Abfälle ausschließlich und vollumfänglich auf die BGE.

Am 03.06.2022 hat die Gesellschafterversammlung der BGE nach Zustimmung des Aufsichtsrates beschlossen, das Bergwerk Gorleben zu schließen, nachdem der Salzstock Gorleben im ersten Schritt des Standortauswahlverfahrens anhand der gesetzlich verankerten, geologischen Anforderungen und Kriterien ausgeschieden war. Die BGE wurde mit der Schließung beauftragt. Die Schließung umfasst die Verfüllung von Bergwerk und Schächten unter Verwertung des Salzes der Salzhalde und den Rückbau der Tagesanlagen, soweit für diese Tagesanlagen keine anderweitige Nutzung in Betracht kommt.

Die BGE unterliegt seit 2021 dem Mitbestimmungsgesetz (MitbestG). Das MitbestG schreibt u. a. die paritätische Besetzung des Aufsichtsrates vor. Zum Stichtag 31.12.2025 waren acht nach den Bestimmungen des MitbestG gewählte Vertreter*innen der Arbeitnehmer sowie acht von der Gesellschafterin bestellte Vertreter*innen der Anteilseignerin Mitglieder im Aufsichtsrat.

Vom Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) ist Personal im Rahmen einer Personalgestellung bzw. einer Personalzuweisung bei der BGE eingesetzt.

Die Aufträge der Gesellschaft an Dritte werden nach öffentlichem Vergaberecht erteilt.

Mit der BGE TECHNOLOGY GmbH (BGE TEC) hat die BGE eine hundertprozentige Tochtergesellschaft. Ihr Tätigkeitsfeld umfasst u. a. die Beratung und das Erbringen von Ingenieurleistungen sowie betriebliche Leistungen für die Planung, die Errichtung, den Betrieb und die Entsorgung kerntechnischer und konventioneller Anlagen.

STEUERUNGSSYSTEM

Das Ziel der BGE ist die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle. Damit trägt sie zum Schutz von Mensch und Umwelt bei und leistet einen Beitrag zur Lösung einer gesellschaftspolitischen Aufgabe.

Um dieses Ziel zu erreichen, stellt die BGE eine verantwortungsvolle und transparente Umsetzung der ihr übertragenen Aufgaben sicher. Diese umfasst die Errichtung und den Betrieb des Endlagers Konrad, die Rückholung der radioaktiven Abfälle aus der Schachtanlage Asse II und deren Stilllegung, die Offenhaltung und Stilllegung des Endlagers Morsleben, die Schließung des Bergwerks Gorleben und die Standortauswahl für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle inklusive der Behälterentwicklung. Zu den Aufgaben gehört zudem die Produktkontrolle, die sicherstellt, dass nur bestätigte Abfallgebinde im Endlager Konrad eingelagert werden.

Bei der Aufgabenerfüllung steht Sicherheit an erster Stelle. Dazu gehören die Arbeitssicherheit des Strahlenschutzes, der Gesundheitsschutz sowie die Betriebs- und Langzeitsicherheit.

Die BGE ist zu einer verantwortungsbewussten Verwendung der ihr für diese Aufgaben zur Verfügung stehenden Finanzmittel sowie zur Einhaltung aller rechtlichen Vorgaben und Nachweispflichten, die die Auftragsvergabe und Mittelverwendung eines Unternehmens der öffentlichen Hand regeln, verpflichtet. Diesbezüglich sind auch die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit gem. § 7 Abs. 1 BHO zu befolgen. Eine Gewinnerzielung ist kein Geschäftszweck der Gesellschaft. Weitere spezielle handlungsleitende Vorgaben ergeben sich aus dem Atom- und Bergrecht.

Die Leitplanken für die Umsetzung der Unternehmensaufgaben bilden das Leitbild und die Unternehmensziele. Ergänzt werden diese Leitplanken durch den Gesellschaftsvertrag, die Geschäftsordnung für

die Geschäftsführung und das von der Gesellschafterin vorgegebene „Statut über die Wirtschaftsführung sowie die Finanz- und Vermögensverwaltung der BGE“ (Finanzstatut), die darauf aufbauenden internen Regelungen, den von der Gesellschafterin genehmigten Wirtschaftsplan sowie die Termin- und Ablaufpläne der Projekte.

Die Weiterentwicklung des integrierten Managementsystems der BGE wurde im vergangenen Geschäftsjahr fortgesetzt. In einem internen Projekt sollen in einem gestuften Verfahren die fachlichen Systemteile, wie beispielsweise Qualitäts-, Risiko-, Sicherheits-, Umwelt- und Nachhaltigkeitsmanagement inkl. der Nachhaltigkeitsberichterstattung nach der CSRD-Richtlinie, in ein integriertes und auf die Sicherheit fokussiertes Managementsystem stärker zusammengeführt werden. Das Projekt endet mit einem erfolgreichen Zertifizierungsaudit nach ISO 9001 (Qualitätsmanagement) und ISO 45001 (Managementsystem für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz). Die EMAS (Eco-Management and Audit-Scheme)-Validierung wurde im ersten Schritt bereits erfolgreich absolviert.

Wesentliche finanzielle Leistungsindikatoren der Gesellschaft sind die Kosten der Projekte und die darin enthaltenen Gemeinkosten (Übergreifendes). Im Wirtschaftsplan 2025 wurden Nettokosten inklusive der Investitionen ins Anlagevermögen der BGE und der Grundstückserwerbe für den Bund in Höhe von 754.043 TEUR geplant, denen Ist-Kosten in Höhe von 610.446 TEUR (netto) gegenüberstehen.

Kosten der Projekte (netto)	Ist 2024	Ist 2025	Wipl 2025*)	Wipl 2026
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Konrad	382.187	284.536	386.358	382.535
Asse	178.673	160.596	181.449	226.223
Morsleben	82.346	77.956	85.533	107.749
Gorleben	19.448	25.523	28.456	33.818
Standortauswahl	52.629	45.723	56.635	63.823
Produktkontrolle	18.141	15.874	18.612	21.365
Gesamt (netto)	**733.424**	**610.208**	**757.043**	**835.513**

Aus den vorgenannten Kosten erwuchs für 2025 ein Liquiditätsbedarf in Höhe von 796,8 Mio. EUR, der aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung gestellt wurde.

Die Differenz zwischen den Kosten in Höhe von 610,4 Mio. EUR (netto) und den in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Umsatzerlösen in Höhe von 609,7 Mio. EUR (netto, siehe Ausweis im Anhang) resultiert aus dem Saldo von geleisteten und aufgelösten Vorauszahlungen sowie den Grundstückserwerben im Namen des Bundes. Des Weiteren werden in den Projektkosten die Weiterberechnungen an die BGE TEC und aus dem Kantinenbetrieb Asse verrechnet.

Die Entwicklung der Leistungsindikatoren ist in den nachfolgenden Kapiteln, insbesondere im Geschäftsverlauf und in der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage, erläutert.

Die prognostizierten Nettokosten inkl. der Investitionen ins Anlagevermögen der BGE im Wirtschaftsplan 2026 betragen 835,5 Mio. EUR.

Neben der Prüfung und Überwachung durch die Gesellschafterin, den Aufsichtsrat, das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) und weiteren Behörden, stehen die Tätigkeiten der Gesellschaft auch im Fokus der Öffentlichkeit. Daher informiert die Gesellschaft regelmäßig und anlassbezogen über ihre Projekte und sucht den fachlichen Austausch mit Expertinnen und Experten sowie der Öffentlichkeit. Die wesentlichen Entwicklungen und Entscheidungen in den Projekten werden dokumentiert und grundsätzlich öffentlich gemacht.

FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG (F&E)

Im Jahr 2025 wurden für das Standortauswahlverfahren 45 F&E-Vorhaben mit weiterhin überwiegendem Fokus auf die repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen (rvSU) bearbeitet. Sie setzen sich aus bereits laufenden und neu initiierten F&E-Vorhaben zusammen. Im Rahmen der rvSU beschäftigen sich die F&E-Vorhaben vor allem mit

1) geogenen Prozessen wie z. B. fluviatile und glaziale Erosion, tektonische Prozesse
2) Analogiebetrachtungen wie z. B. die Übertragung von Kenntnissen, wenn ortsspezifische Daten (Gesteinseigenschaften, Internbau von Salzstrukturen) fehlen
3) Umgang mit Ungewissheiten wie z. B. die Erstellung geologischer Modelle, Entwicklung von Methoden zum Umgang mit Ungewissheiten
4) Sicherheitsuntersuchungen wie z. B. Freisetzungsraten, Radionuklidtransport, Modellierungen, zukünftige Entwicklungen des Klimas

Seit 2025 rücken zunehmend Forschungsvorhaben mit Blick auf die übertägige Erkundung und deren Randbedingungen in den Fokus der Forschungsaktivitäten (z. B. Entwicklung geophysikalischer Messverfahren und Methodenkombinationen, optimierte Langzeitsicherheit von Bohrlochverfüllungen), die in 2026 intensiviert werden sollen.

Durch die Fortsetzung bzw. durch neu initiierte F&E-Vorhaben im Jahr 2025 konnte die Zusammenarbeit mit Universitäten und weiteren Forschungseinrichtungen weiter intensiviert und diversifiziert werden. Im Rahmen des europäischen Forschungsprogramms EURAD (European Partnership on Radioactive Waste Management) wurde in 2025 die 2. Phase (EURAD 2) mit sieben Forschungsvorhaben fortgeführt.

Des Weiteren ist die BGE an mehreren internationalen Kooperationen wie IGD-TP (Implementing Geological Disposal of radioactive waste - Technology Platform), DECOVALEX (Development of Coupled models and their Validation against Experiments), CatchNet (Catchment transport and Cryo-hydrology Network), Clubs der OECD/NEA und Untertagelaboren (Felslabor Mont Terri, Felslabor Grimsel, Bedretto Underground Laboratory und Untertagelabor Horonobe) beteiligt.

Im Projekt Asse wurde das Vorhaben „Entwicklung eines optimierten, kombinierten und hochauflösenden seismischen Abbildungsverfahrens für die Standorterkundung radioaktiver Endlager 3D-Seismik (DOSIS)“, abgeschlossen. Durch die im Forschungsprojekt erarbeiteten moderneren und fortschrittlicheren Verfahren der seismischen Datenbearbeitung konnte ein zusätzlicher Erkenntnisgewinn über den inneren Aufbau des Salzstocks der Asse sowie der tieferen zentralen Bereiche darunter gewonnen werden.

Zudem wurden im Projekt Morsleben die F&E-Vorhaben „Demonstrationsbauwerk im Anhydrit mit MgO-Spritzbeton und Bitumen“ sowie „FUNGUS – Funktionsbeurteilung sowie geomechanische und strömungstechnische Eigenschaften eines MgO-Streckenverschlussbauwerkes – Wechselwirkungen mit Salzlösung und Grubenatmosphäre“ fortgeführt. Mit dem Vorhaben „Demonstrationsbauwerk im Anhydrit mit MgO-Spritzbeton und Bitumen“ sollen die speziellen Eigenschaften von Streckenabdichtungen ermittelt, die Daten für die Langzeitsicherheitsanalyse abgeglichen sowie die technische Umsetzbarkeit der Abdichtbauwerke nachgewiesen werden.

Projektübergreifend wurde in den Projekten Konrad, Morsleben, Asse und Standortauswahl das Vorhaben „Thermodynamische Referenzdatenbasis (THEREDA)“ zur Erstellung einer intern konsistenten Datenbank für geochemische Modellrechnungen 2025 fortgeführt.

Die englische Version der F&E-Strategie über die für die Aufgabenwahrnehmung der Gesellschaft relevanten F&E-Themenfelder und Fragestellungen wurde im April 2025 veröffentlicht.

Die Nettokosten für F&E-Aktivitäten der BGE betrugen 2025 TEUR 13.723 (Vorjahr TEUR 17.104).

WIRTSCHAFTSBERICHT

Geschäftsverlauf

Der Gesellschaftsvertrag, die Übertragung der Aufgabenwahrnehmung, der Wirtschaftsplan sowie die Beschlüsse des Aufsichtsrates und die der Gesellschafterversammlung bilden die Grundlage für die Wirtschaftsführung der Gesellschaft. Die Einzelheiten zur Wirtschaftsführung sind im „Statut über die Wirtschaftsführung sowie Finanz- und Vermögensverwaltung“ geregelt.

Errichtung des Endlagers Konrad

Die Schachtanlage Konrad wird zu einem Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle umgebaut. Anschließend sollen bis zu 303.000 Kubikmeter schwach- und mittelradioaktive Abfälle eingelagert werden. Es ist das erste nach Atomrecht genehmigte Endlager Deutschlands. Seit 2002 liegt die Genehmigung mit dem Planfeststellungsbeschluss (PFB) für die Errichtung und den Betrieb des Endlagers vor.

Die Aufgaben des Projekts Konrad umfassen die über- und untertägigen Planungs- und Baumaßnahmen zur Errichtung des Endlagers Konrad sowie den sicheren und anforderungsgerechten Betrieb des Bergwerks.

Konrad 1

Auf der Schachtanlage Konrad 1 wurden in 2025 die Bauausführungen der Band- und Verladeanlage abgeschlossen und Infrastrukturmaßnahmen zur Verlegung der Lösch- und Regenwasserleitung durchgeführt. Weiterhin wurden die vorbereitenden Arbeiten für den Führungsgerüstwechsel an der oberen Seilscheibenbühne abgeschlossen. Der Beginn des Führungsgerüstwechsels wurde auf April 2027 verschoben, da bei der Vorprüfung der Statiken kein ausreichender Fortschritt erzielt werden konnte.

Konrad 2

Auf der Schachtanlage Konrad 2 wurde die Bauausführung des Kellers der Umladehalle des Bauteils A1 abgeschlossen. Der Baustart für die Bauteile A2 und A3 ist erfolgt. Beim Lüftergebäude wurden die Steifen entfernt und die Betonage der Außenwände abgeschlossen. Im Schachtkeller wurden die Bodenplatte sowie die Außen- und Innenwände und der untere Teil der Eckstützen für den Förderturm betoniert. Der Einbau der Innenschalen am Füllort auf der 2. Sohle wurde fortgesetzt und im Bereich „Schachtglocke unten“ sowie im unteren schachtnahen Bereich abgeschlossen.

Grube

Unter Tage wurde der Einbau der Innenschalen und Fahrbahnen fortgesetzt. In der Werkstatt auf der 2. Sohle wurden der 10 t Brückenkran, die technische und elektrische Ausstattung der Wartungsgrube und die Beleuchtung eingebaut. Zudem wurde die Montage der Versatzaufbereitungsanlage abgeschlossen.

Mobile Einlagerungstechnik und übergreifende Sachverhalte

Auch bei den Fahrzeugen des zukünftigen Endlagerbetriebes wurden signifikante Fortschritte erzielt. Das erste Versatztransportfahrzeug wurde erprobt, die Fertigung des Transportwagens begonnen und die Fertigung des ersten Seitenstapelfahrzeugs abgeschlossen.

Die Berichte der Überprüfung der sicherheitstechnischen Anforderungen für das Endlager Konrad (ÜsiKo) Phase 2 wurden durch die BGE veröffentlicht. Für das überarbeitete Konzept der Gesamtabnahmeprüfung ist der Zustimmungsbescheid der atomrechtlichen Aufsicht in 2025 eingegangen.

Insgesamt liegen die Ist-Kosten 2025 im Projekt Konrad unter den Planansätzen im Wirtschaftsplan. Wesentliche Leistungs- und Kostenänderungen erwuchsen aus den folgenden Maßnahmen:

Planunterschreitungen resultieren u. a. aus Leistungsverschiebungen/-verzögerungen im Rahmen der Erstellung der Umladehalle K2, da u. a. nicht komplett aufzulösende Abhängigkeiten bei der baubegleitenden Erstellung der von der atomrechtlichen Aufsicht freizugebenen Planungsunterlagen, die Eingangsvoraussetzung für die Umsetzung sind, zu Verzögerungen führten. Weitere Leistungsverschiebungen/-verzögerungen traten bei der Erstellung des Schachtkellers K2 auf, wodurch sich der Baubeginn des Förderturms K2 verschob. Bei der Schachtförderanlage K2 hat sich die Einreichung der qualitätsgesicherten Vorprüfunterlagen nach 2026 verschoben, woraus Fertigungsverzögerungen in 2025 resultieren. Zudem resultiert aus der Verschiebung des Führungsgerüstwechsels K1 aufgrund der weiterhin ausstehenden Freigabe der Statiken eine Planunterschreitung.

Dem stehen zusätzliche Kosten aus der Ausführungsumstellung der Erstellung der Innenschalen auf der 2. und 3. Sohle, bei der aus statischen Gründen mehr Bewehrung eingebracht werden musste und daraus folgend teurerer Ort- anstatt Spritzbeton zum Einsatz kam, sowie aufgrund von Leistungsverschiebungen aus dem Vorjahr bei den Einlagerungsfahrzeugen und der Betonmischanlage gegenüber.

Stilllegung der Schachtanlage Asse II

Im Zeitraum zwischen 1967 bis 1978 wurden etwa 47.000 m³ radioaktive Abfälle in insgesamt 13 Einlagerungskammern auf der 511-, 725- und 750-m-Sohle eingelagert. In § 57b Atomgesetz ist festgelegt, dass die Schachtanlage Asse unverzüglich stillzulegen ist. Vor der Stilllegung sollen die eingelagerten radioaktiven Abfälle rückgeholt werden.

Notfall- und Vorsorgemaßnahmen

Die Stabilisierung des Grubengebäudes wurde fortgesetzt, wobei Verfüllmaßnahmen aufgrund der prioritär durchgeführten Maßnahmen zur Stabilisierung der Lösungsfassung zurückgestellt werden mussten. Die Gleitbogenausbaustrecke auf der 725-m-Sohle wurde ertüchtigt und saniert. Ein Vertrag über die Ad-hoc-Lieferung von Gegenflutungslösung bis Mitte 2027 wurde in 2025 geschlossen. Ebenso ein Vertrag zur Vorhaltung der Option von Kavernenspeichervolumen bis Ende 2027.

Maßnahmen zur Stabilisierung der Lösungsfassung

Mit insgesamt ca. 13 m³ täglich wird nach wie vor in etwa dieselbe Lösungsmenge gefasst wie im langjährigen Mittel. Bis zur Jahresmitte wurde der Großteil der Lösung noch in der Gleitbogenausbaustrecke auf der 725-m-Sohle gefasst. Dann wurde im Südstoß auf der 658-m-Sohle im Umfeld der langjährigen Hauptfassungsstelle ein Lösungsstrom unterhalb der ehemaligen Auffangfolie über Bohrungen gefunden und vorläufig stabilisiert. Der Zuflussort verändert sich aber stetig weiter, so dass immer tiefer in den Südstoß gebohrt werden muss. Ende 2025 wurde die Hauptmenge der Lösung wieder im Bereich der 658-m-Sohle gefasst. Mit der Überfahrung der langjährigen Hauptfassungsstelle wurde begonnen, um zum Lösungsstrom im Südstoß zu gelangen.

Vor der Einlagerungskammer 8 auf der 750-m-Sohle, wo seit Jahren auch einige Liter Salzlösung pro Tag gesammelt und abgepumpt werden, stieg die Lösungsmenge leicht an, so dass häufiger abgepumpt werden musste. Diese Lösung wird innerhalb des Bergwerks für Betonierarbeiten genutzt, da sie leicht radioaktiv ist.

Genehmigungen

Der erste Antrag im Rahmen der Rückholung wurde am 30.06.2025 mit dem Antragskomplex I (Teufen des neuen Schachts Asse 5, Errichtung des Abwetterbauwerks und Ableitung der Abwetter über den neuen Schacht 5) beim Niedersächsischen Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz (MU) eingereicht. Außerdem hat am 30.06.2025 das Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig die landesplanerische Feststellung übermittelt, womit die Raumverträglichkeitsprüfung erfolgreich abgeschlossen wurde. Ergebnis: Das Vorhaben der Rückholung und die dazu geplanten Baumaßnahmen sind somit grundsätzlich raumverträglich.

Vorbereitung der Rückholung

Im Bohr- und Erkundungsprogramm für die Einlagerungskammer (ELK) 12 auf der 750-m-Sohle wurde die ELK nach einer Bohrlänge von ca. 117 m erreicht und erkundet. Die ELK 8a/511 (MAW-Kammer) wurde nach Inbetriebnahme der neuen Abluftfilteranlage ebenfalls erkundet. Die langjährig vorbereiteten Erkundungen zweier Einlagerungskammern konnten damit in 2025 durchgeführt werden.

Tagesanlagen Schacht 5 / Bautätigkeiten

Die Baugrunderkundung auf dem Gelände der geplanten Tagesanlagen und im Umfeld von Parkplatz Ost wurde im ersten Quartal abgeschlossen. Die Vorplanung der Tagesanlagen Schacht Asse 5 wurde im Februar vom Auftragnehmer abgeschlossen. Anschließend wurden die Objekt- und Fachplanungen für die Tagesanlagen geprüft und überarbeitet sowie die Entwurfsplanung begonnen.

Im Neubau des Strahlenschutzlabors wurde mit der technischen Ausstattung begonnen.

Im Projekt Asse lagen die Kosten in 2025 insgesamt unter den Planansätzen im Wirtschaftsplan. Es kam u. a. bei folgenden Maßnahmen zu Leistungs- und Kostenabweichungen:

Planansatzunterschreitungen resultierten aus Verzögerungen bei der Vergabe der Ausführungs- und der Genehmigungsplanung für die Rückholung der Abfälle von der 511-m-Sohle sowie aus der Beendigung der Zusammenarbeit mit dem bisherigen Auftragnehmer für die Planung der Abfallbehandlungslage mit Zwischenlager.

Weitere Leistungsverzüge traten bei den Neubauten der Netzersatzanlage, des Strahlenschutzlabors, der Kaue sowie der Fassadensanierung der Schachthalle und dem Austausch der Schachtfördermaschine auf.

Zudem konnten Bauleistungen für das Bürogebäude 20 schon im Jahr 2024 vorgezogen werden.

Zusätzliche Kosten resultieren u. a. aus höheren Vorschussgebühren des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz (MU), zusätzlichen Instandhaltungskosten des Grubengebäudes, Preissteigerungen beim Bezug von Steinsalz und Leistungsverschiebungen aus dem Vorjahr bei der Entwicklung der Bergetechnik.

Stilllegung des Endlagers für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM)

Im Endlager Morsleben wurden zwischen 1971 und 1991 sowie von 1994 bis 1998 insgesamt rund 37.000 Kubikmeter schwach- und mittelradioaktive Abfälle endgelagert. Zudem wurde radioaktiver Abfall zwischengelagert. Die Aufgaben im Zusammenhang mit dem Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben umfassen das Planfeststellungsverfahren zur Stilllegung und den Erhalt der Stilllegungsfähigkeit.

Für die Stilllegung wurden in 2025 wichtige Fortschritte bei den Demonstrationsbauwerken und den Genehmigungsunterlagen erzielt.

Für das Demonstrationsbauwerk im Anhydrit im ERAM wurden Temperatur und Druckentwicklung aufgezeichnet. Das Bohrprogramm für die Nacherkundung wurde gestartet.

Für das externe Demonstrationsbauwerk im Anhydrit aus Spritzbeton / Bitumen im Bergwerk Bernburg wurden Spritzbetonarbeiten durchgeführt und das eingebrachte Bitumenschott fertiggestellt.

Beim externen Demonstrationsbauwerk im Steinsalz in Sondershausen wurden die Instrumentierung und die Stemm- und Schlitzarbeiten für das Widerlager im Bereich der Schalung im vierten Quartal abgeschlossen.

Für das Planfeststellungsverfahren zur Stilllegung des Endlagers Morsleben wurden bisher insgesamt 22 Verfahrensunterlagen als Vorprüfversionen an das Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt Sachsen-Anhalt (MWU) versandt.

Im vierten Quartal wurde der Scoping-Termin für die Umweltverträglichkeitsprüfung durch das MWU unter Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (TöB) sowie der BGE durchgeführt. Als Grundlage für das Scoping-Verfahren diente der BGE-Bericht „Vorbereitung der Umweltverträglichkeitsprüfung“.

Insgesamt liegt das Projekt hinter dem Zeitplan zurück. Das bisherige Ziel, 2026 alle Verfahrensunterlagen beim MWU einzureichen, ist nicht mehr erreichbar. Um den Beginn der Öffentlichkeitsbeteiligung (Zeitpunkt der Bekanntmachung der Auslegung der Unterlagen durch das MWU) in 2027 zu ermöglichen, werden jetzt fokussiert die Unterlagen erstellt, die dafür erforderlich sind, und bis Ende 2026 eingereicht.

Der Rückbau der Produktions- und Sozialgebäude auf der Schachtanlage Marie wurde in 2025 abgeschlossen.

Für die Verfüllung des Abbaus 1a im Nordfeld der Schachtanlage Bartensleben ist 2025 die atomrechtliche Genehmigung erteilt worden.

Die Kosten für die Stilllegung des Endlagers für radioaktive Abfälle Morsleben lagen in 2025 unter den Planansätzen im Wirtschaftsplan. Die Abweichungen resultieren im Wesentlichen aus den folgenden Maßnahmen:

Die Planansatzunterschreitung resultiert u. a. aus Leistungs- und damit auch Kostenverzügen bei den Baustoffuntersuchungen der Proben / Prüfkörper der Demonstrationsbauwerke, der Verfüllung des Abbaus 1a auf der 1. Sohle, aufgrund ausstehender Genehmigungen sowie fehlendem Baustoff (Anmachflüssigkeit) und Equipment (Pumpe) und der Ausschreibung der Erneuerung des Schachtförderanlage Marie aufgrund erforderlicher Abstimmungen mit der Denkmalschutzbehörde.

Dem stehen zusätzliche Kosten aus der vorgezogenen Beschaffung von erforderlichen Fahrzeugen für den Bergwerksbetrieb und der Digitalisierung der Grubenfunkanlage gegenüber.

Schließung Bergwerk Gorleben

Der Standort Gorleben ist nicht mehr Teil des Verfahrens der Standortauswahl für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle. In dem am 28.09.2020 veröffentlichten Zwischenbericht Teilgebiete wird die Salzstruktur Gorleben-Rambow nicht als Teilgebiet ausgewiesen und damit aus dem weiteren Verfahren zur Standortsuche ausgeschlossen. Das Bergwerk Gorleben ist deshalb gemäß § 36 Abs. 2

Satz 3 StandAG nicht mehr offenzuhalten. Nach Zustimmung des Aufsichtsrates hat die Gesellschafterversammlung die BGE 2022 mit der Schließung des Bergwerkes Gorleben beauftragt.

Die Verfüllung des Bergwerks wurde 2025 fortgesetzt. Dabei wurden ca. 150.000 Tonnen Salz von der Salzhalde in das Bergwerk eingebracht. Darüber hinaus wurden der überarbeitete Abschlussbetriebsplan für die Stilllegung beim LBEG eingereicht und die wasserrechtliche Erlaubnis zur Ableitung der Niederschlagswasser der Salzhalde in die Elbe um 15 Jahre verlängert.

In 2025 lagen die Kosten im Projekt Gorleben unter den Planansätzen des Wirtschaftsplans, was im Wesentlichen auf geringere Energie- und Instandhaltungskosten zurückzuführen ist.

Standortauswahlverfahren

Das Standortauswahlverfahren besteht aus drei Phasen. Die erste Phase mit zwei Schritten schließt für die BGE mit der Übermittlung von Standortregionen für die übertägige Erkundung an das BASE ab. Nach Prüfung der BGE-Vorschläge und Beteiligung der Öffentlichkeit endet die Phase I mit der Festlegung der übertägig zu erkundenden Standortregionen sowie der Festlegung der Erkundungsprogramme durch den Bundestag. Phase II beinhaltet die übertägigen Erkundungen, Phase III die untertägigen Erkundungen mit einem Standortvergleich und -vorschlag.

Derzeit befindet sich das Standortauswahlverfahren in Schritt zwei der Phase I. Hier finden die Arbeiten zur Erreichung des Ziels „Übermittlung des Vorschlages zu den Standortregionen inklusive übertägiger Erkundungsprogramme“ zum Ende des Jahres 2027 statt. Konkret wurden in 2025 die methodischen Arbeiten zur Durchführung der repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchung (rvSU), der erneuten Anwendung der geowissenschaftlichen Abwägungskriterien (geoWK), der eventuellen Anwendung der planungswissenschaftlichen Abwägungskriterien (planWK) und die standortbezogenen Erkundungsprogramme fortgeführt. Bei der Einengung der 90 ausgewiesenen Teilgebiete im Ergebnis des Schritts 1 der Phase I hin zu wenigen Standortregionen für die übertägige Erkundung hat die rvSU eine wesentliche einengende Wirkung. Je Teilgebiet muss mindestens eine rvSU durchgeführt werden, diese werden gemäß derzeitiger Planung bis Ende 2026 andauern, bevor in 2027 die erneute Anwendung der geoWK und ggf. der planWK erfolgen kann. Die Übermittlung des Vorschlags der übertägig zu erkundenden Standortregionen an das BASE ist für Ende 2027 geplant. Inhaltlich wurde der Bearbeitungsstand bisher nicht kategorisierter Gebiete weiter differenziert. Dies erfolgte durch die Einführung einer neuen Kennzeichnung von Gebieten, die die „Prüfschritte 1 und 2 der rvSU weitgehend bestanden“ haben, wodurch erstmals diejenigen Gebiete kenntlich werden, die mit hoher Wahrscheinlichkeit Gebiete der Kategorie B oder A enthalten. Mit der Arbeitsstandveröffentlichung im November 2025 konnte der Anteil an als ungeeignet oder weniger geeigneten Gebieten von dem im Jahr 2024 veröffentlichen Anteil von 18 % auf 53 % der Teilgebiete erhöht werden. Damit sind jetzt noch rund 25 % der Fläche Deutschlands im Rennen. In 2026 werden die Teilgebiete weiter eingeengt.

Das in 2024 eingeführte Informationsinstrument „Endlagersuche Navigator“ zur Visualisierung der Arbeitsstände im Standortauswahlverfahren wurde um die Funktionen „Darstellung von Verwaltungsgrenzen“, „Integration der Karte zum Zwischenbericht Teilgebiete“ und Filterfunktionen anhand verschiedener Merkmale (z. B. dem Teilgebietsnamen) erweitert bzw. weiterentwickelt.

Darüber hinaus wurde an phasenübergreifenden Aufgaben gearbeitet. Zu diesen Arbeiten gehören beispielsweise die Endlagerbehälterentwicklung und die übertägige Anlagenplanung des künftigen Endlagers.

Zum Ende des Jahres 2025 wurde der Bereich STA durch den TÜV Nord erfolgreich nach DIN EN ISO 9001 zertifiziert. Die Zertifizierung erfolgte im Rahmen eines zweistufigen Audits zur Erstzertifizierung. Das Audit bestätigt objektiv und unabhängig, dass das im Bereich STA implementierte Qualitätsmanagement die Anforderungen der DIN EN ISO 9001 vollumfänglich erfüllt.

Die Kosten der Standortauswahl lagen in 2025 unter den Planansätzen des Wirtschaftsplans. Die wesentlichen Abweichungen resultieren aus den folgen Maßnahmen:

Den zusätzlichen Kosten im F&E-Vorhaben GeoMeter stehen geringere Kosten für die Endlagerbehälterentwicklung im Wirtsgestein „Ton“ aufgrund einer Vertragsauflösung sowie bei der juristischen Begleitung und der Aufbereitung und Auswertung geologischer, hydrogeologischer und seismischer Daten, für die geringere externe Unterstützungsleistungen benötigt wurden, gegenüber.

Produktkontrolle

Im Rahmen der Produktkontrolle wird überprüft, ob die Abfälle den geltenden Endlagerungsbedingungen Konrad und den wasserrechtlichen Vorgaben entsprechen.

Im Rahmen der radiologischen Prüfung wurden im Jahr 2025 318 Bescheide und im Rahmen der Behälterbauartprüfung 30 Bescheide erlassen. Des Weiteren war die zweite Jahreshälfte 2025 durch den Datenverlust im NWL (Nuclear Waste Logistics)-System und die Wiederherstellung der verlorengegangenen Daten geprägt. In der Behälterbauartprüfung war 2025 insbesondere die Erteilung des Prüfzeugnisses für den MOSAIK II von Bedeutung.

Im Jahr 2025 wurden 7.080 Stück radiologisch produktkontrollierte Abfallprodukte (Fässer) und 1.545 m³ radiologisch produktkontrollierte Abfallgebinde beschieden. Gemäß vereinfachtem Ansatz (Anzahl Abfallprodukte * 0,71 m³) ergibt sich somit eine Gesamtsumme von 6.572 m³ produktkontrolliertem Abfall im Jahr 2025.

Das Jahresziel 2025 von 10.000 m³ beschiedenem radiologisch produktkontrolliertem Abfallvolumen wurde nicht erreicht. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass mit dem vollumfänglichen Einsatz der neu beauftragten Sachverständigenorganisation erst Mitte des dritten Quartals 2025 begonnen werden konnte und die Wiederherstellung der verlorengegangenen Daten im NWL-System zusätzliche Kapazitäten bei allen Beteiligten gebunden hat.

Übergreifend

Im Projekt BGE 2025 wurde die Weiterentwicklung der Aufbau- und Ablauforganisation der BGE sowie die damit verbundenen Zuständigkeiten, um aktuellen und zukünftigen Herausforderungen zielgerichtet begegnen zu können, fortgeführt. Hierfür wurden in 2025 richtungsweisende Entscheidungen getroffen und organisatorische Maßnahmen initiiert und umgesetzt. Kommunikations- und Changemaßnahmen begleiten den Veränderungsprozess. Die zu BGE 2025 mit den Mitbestimmungsgremien vereinbarte Rahmenvereinbarung schafft einen verlässlichen Rahmen für die Maßnahmen und regelt Konditionen für mögliche wirtschaftliche sowie organisatorische Auswirkungen für Mitarbeitende in diesem Veränderungsprozess.

Die Gemeinkosten lagen deutlich unter den Planansätzen, da die aus Vorsichtsgründen gebildete Rückstellung für umsatzsteuerliche Risiken aus der steuerlichen Betriebsprüfung der BGE (s. zu den steuerlichen Risiken aus der Betriebsprüfung auch die Erläuterungen im Kapitel „Chancen- und Risikobericht“) aufgelöst werden konnte.

ERTRAGS-, FINANZ- UND VERMÖGENSLAGE

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme hat sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 68.069 verringert und beläuft sich nunmehr auf TEUR 155.199 (Vorjahr TEUR 223.268). Dies resultiert im Wesentlichen aus dem Rückgang der Forderungen gegenüber der Gesellschafterin und auf der Passivseite aus dem Rückgang der Verbindlichkeiten und Rückstellungen.

Das Anlagevermögen in Höhe von TEUR 4.463 (Vorjahr TEUR 4.531) setzt sich in Höhe von TEUR 3.773 (Vorjahr TEUR 3.841) aus Sachanlagen (Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten) sowie in Höhe von TEUR 690 (Vorjahr TEUR 690) aus Finanzanlagen (Anteile an verbundenen Unternehmen) zusammen.

Das ausgewiesene Sachanlagevermögen (Immobilie Peine) wurde zu Anschaffungskosten unter Verrechnung des dem Veräußerer gewährten Mieterdarlehens angesetzt. Weiteres Sachanlagevermögen im Zusammenhang mit der Immobilie in Peine wurde zu Anschaffungskosten angesetzt und mit den von der Gesellschafterin geleisteten Investitionszuschüssen in gleicher Höhe verrechnet (Nettomethode), so dass die jeweiligen Vermögensgegenstände mit einem Buchwert von Null bilanziert werden. Entsprechend fallen für diese Vermögensgegenstände keine Abschreibungen an.

Das Umlaufvermögen beinhaltet, neben den Forderungen gegen die Gesellschafterin in Höhe von TEUR 125.452 (Vorjahr TEUR 196.847), geleistete Vorauszahlungen an Auftragnehmer (TEUR 11.399; Vorjahr TEUR 10.432), sonstige Vermögensgegenstände (TEUR 8.466; Vorjahr TEUR 7.867) sowie Guthaben bei Kreditinstituten (TEUR 601; Vorjahr TEUR 828).

Auf der Passivseite stehen dem Umlaufvermögen im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, sonstige Verbindlichkeiten sowie Rückstellungen gegenüber.

Die Rückstellungen haben sich auf TEUR 78.049 (Vorjahr TEUR 109.400) verringert und resultieren aus folgenden Sachverhalten: Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen (TEUR 16.064; Vorjahr TEUR 17.110), Steuerrückstellungen inklusive Zinsen TEUR 1.187 (Vorjahr TEUR 34.139), ausstehende Rechnungen und Gebühren (TEUR 44.989; Vorjahr TEUR 41.176), Verfahrenskosten der Stilllegung des Endlagers für radioaktive Abfälle Morsleben (TEUR 4.147; Vorjahr TEUR 4.867) und zur Stilllegung der Schachtanlage Asse II (TEUR 2.698; Vorjahr TEUR 2.917), Personalverpflichtungen (TEUR 8.885; Vorjahr TEUR 9.113) sowie Jahresabschlusskosten (TEUR 79; Vorjahr TEUR 78).

Innerhalb der Verbindlichkeiten (TEUR 72.194; Vorjahr TEUR 109.064) überwiegen die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen mit TEUR 50.275 (Vorjahr TEUR 69.889). Die sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 16.765 (Vorjahr TEUR 32.789) beinhalten im Wesentlichen noch abzuführende Umsatzsteuer- und Lohnsteuerzahllasten. Weitere Verbindlichkeiten bestehen gegenüber der Gesellschafterin in Höhe von TEUR 4.138 (Vorjahr TEUR 4.920) sowie der Tochtergesellschaft BGE TECHNOLOGY GmbH in Höhe von TEUR 1.016 (Vorjahr TEUR 1.334).

Das Eigenkapital erhöhte sich um den Jahresüberschuss 2025, der aus der Ausschüttung der Gewinnvorträge der BGE TECHNOLOGY GmbH in Höhe von TEUR 152 resultiert, auf TEUR 4.956. Die Eigenkapitalquote beträgt 3,2 % (Vorjahr 2,2 %).

Die Finanzlage ist durch die Finanzierung im Rahmen der Beauftragung durch die Gesellschafterin aus Haushaltsmitteln des Bundes jederzeit gesichert. Gesonderte Kreditlinien bei Kreditinstituten sind aus diesem Grund nicht erforderlich und werden somit auch nicht vorgehalten.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse der Gesellschaft haben sich in 2025 um TEUR 124.706 auf TEUR 609.748 (Vorjahr TEUR 734.454) verringert. Die Umsatzerlöse umfassen die Leistungsabrechnungen gegenüber der Gesellschafterin in Höhe von TEUR 609.451 (Vorjahr TEUR 734.065), gegenüber der Tochtergesellschaft BGE TECHNOLOGY GmbH im Rahmen des Geschäftsbesorgungs- und Servicevertrages in Höhe von TEUR 190 (Vorjahr TEUR 291) sowie aus dem Kantinenbetrieb in Höhe von TEUR 107 (Vorjahr TEUR 98).

Die sonstigen betrieblichen Erträge (TEUR 42.420; Vorjahr TEUR 4.994) beinhalten im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von TEUR 40.560 (Vorjahr TEUR 3.691), insbesondere aus der Auflösung der Steuerrückstellung für Risiken aus der Betriebsprüfung, aus verrechneten Sachbezügen, aus Erstattungen der Energieversorger, aus Kostenerstattungen für Forschungsprojekte und Erstattungen der Berufsgenossenschaft.

Die Kosten der Betriebsführung in Höhe von TEUR 652.174 (Vorjahr TEUR 739.593) verteilen sich wie folgt:

	2025 TEUR	2024 TEUR
Materialaufwand	343.678	422.423
– Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	52.239	63.946
– Aufwendungen für bezogene Leistungen	291.439	358.477
Personalaufwand	267.485	254.509
Abschreibungen	68	68
Sonstige betriebliche Aufwendungen	39.559	33.497
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	568	3.927
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	-11
Sonstige Steuern	579	25.180
Gesamt	**651.937**	**739.593**

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen beinhalten insbesondere bezogene Leistungen aus Werkverträgen und Dienstleistungen, Energiekosten, Arbeitnehmerüberlassungen, Instandhaltungsmaßnahmen sowie für den Objektschutz.

Der Personalaufwand umfasst sämtliche Löhne und Gehälter, Sozialabgaben sowie Aufwendungen für die Altersversorgung.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von TEUR 39.559 (Vorjahr TEUR 33.497) enthalten im Wesentlichen allgemeine Verwaltungskosten, u. a. Mietaufwendungen, Gutachter- und externe Unterstützungsleistungen, Personalnebenkosten sowie Gebühren der berg- und atomrechtlichen Aufsicht.

Unter den sonstigen Steuern werden die Aufwendungen für die Bildung einer Rückstellung für Grunderwerbsteuerrisiken in Höhe von 370 TEUR sowie Aufwendungen für Grundsteuern ausgewiesen.

PERSONAL- UND SOZIALBERICHT

Personalentwicklung

Zum Stichtag 31. Dezember 2025 hatte die Gesellschaft an insgesamt acht Standorten 2.473 Beschäftigte, die sich in 2.324 eigene Mitarbeitende (im Jahresdurchschnitt 2.249), 67 vom Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) zugewiesene Beamte und gestellte Mitarbeitende des Öffentlichen Dienstes sowie 82 Arbeitnehmerüberlassene unterteilen.

2025 wurden auf Basis von 282 Stellenausschreibungen in Summe 76 Einstellungen getätigt; dazu zählen 6 Arbeitnehmerüberlassene, die in überwiegend unbefristete (4) Arbeitsverhältnisse übernommen wurden. Zudem wurden 21 Mitarbeitende entfristet. Zum 31. Dezember 2025 gab es insgesamt 49 befristete Arbeitsverträge.

Im Aufsichtsrat waren zum Bilanzstichtag 8 von 16 Aufsichtsratsmandaten mit Frauen besetzt (50 %). In der Geschäftsführung waren zum Bilanzstichtag 2 der 3 Geschäftsführungen mit Frauen besetzt (66,7 %).

Für die Führungsebenen F1-F3 (Bereichs-, Stabsstellen-, Abteilungs- und Gruppenleitungen) hat die BGE im Gleichstellungsplan 2024-2027 die kontinuierliche Steigerung des Frauenanteils in der F1-Ebene auf 40 %, in der F2-Ebene auf 35 % und in der F3-Ebene auf 30 % festgelegt. Zum Stichtag 31.12.2025 lag der Frauenanteil auf der F1-Ebene bei 35,7 %, auf der F2-Ebene bei 22,6 % und auf der F3-Ebene bei 28,6 %. Der Gesamtanteil der weiblichen Beschäftigten liegt bei 27,8 %.

Eine Vielzahl verschiedener betrieblicher Regelungen inklusive Gesamtbetriebs- / Betriebsvereinbarungen wurden überarbeitet, neugestaltet und verhandelt.

Aus- und Weiterbildung

Im Rahmen der Weiterbildung wurden 3.392 Schulungsmaßnahmen für die Mitarbeitenden organisiert, die im Wesentlichen dem Erhalt bzw. dem Auf- und Ausbau der Fachkunde und Qualifikation der Mitarbeitenden dienten.

2025 konnten alle 13 Ausbildungsplätze sowie 2 von 5 angebotenen Studienplätzen besetzt werden. Zum 31. Dezember 2025 waren an vier Standorten 44 Auszubildende und 5 dual Studierende beschäftigt. 13 Auszubildende und dual Studierende haben erfolgreich ihre Prüfung abgelegt, von denen 6 Auszubildende in befristete Arbeitsverhältnisse und 5 Auszubildende sowie ein dual Studierender in unbefristete Arbeitsverhältnisse übernommen wurden, während ein Ausbildungsverhältnis nicht in ein Beschäftigungsverhältnis gewandelt wurde.

Arbeits- und Gesundheitsschutz

Die Arbeitssicherheit hat höchste Priorität bei der Planung und Ausführung aller Arbeiten.

Das gesamtbetriebliche Unfallgeschehen setzt sich aus 6 meldepflichtigen Unfällen von BGE Mitarbeitenden (2024: 7) und 5 Mitarbeitenden von Auftragnehmern (2025: 3) zusammen.

Die BGE veranstaltete in 2025 Aktions- und Gesundheitstage zur betrieblichen Gesundheitsförderung an allen Standorten. Das Arbeitsplatzprogramm zur Vorbeugung und Reduzierung arbeitsbedingter Belastungen des Bewegungsapparats wurde in operativen Bereichen unter Tage auf den Schachtanlagen Konrad und Asse durchgeführt. Zur Einführung der Arbeitsschutzmanagement-Software SAP-EHS werden Lokationsstrukturen, Abläufe und Maßnahmen zur Abbildung der systembezogenen

BGE-Aufbauorganisation erarbeitet. Von der BG RCI erhielt die BGE nach erfolgreich durchgeführter Wiederholungszertifizierung des Arbeitsschutzmanagementsystems das Gütesiegel „Sicher mit System“.

Weiterhin wurden Seminare zum gesundheitsgerechten Umgang mit den besonderen Anforderungen der Schichtarbeit sowie Seminare für Führungskräfte zur gesundheitsgerechten Gestaltung und Organisation von Schichtarbeit einschließlich entsprechender Führungsperspektiven durchgeführt. Es wurde das Pilotprojekt „Pro Medical Fitnesstraining (PMF)“ gestartet, das bereits gesundheitlich belastete Beschäftigte durch rehabilitative Maßnahmen gezielt unterstützt. Reagierend auf die erhöhte Anzahl von Stolpern-Rutschen-Sturz-Unfällen (SRS-Unfälle) startete die BGE eine Kampagne zur Verhaltensprävention.

PROGNOSE-, CHANCEN- UND RISIKOBERICHT

Chancen- und Risikobericht

Risikostrategie

Das Risikomanagement ist ein wichtiges Steuerungsinstrument für die BGE, um die Ziele zu erreichen und fundierte Entscheidungen zu treffen. Die Risikostrategie leitet sich aus der übergeordneten Unternehmensstrategie der BGE ab.

Die BGE verfolgt eine auf Sicherheit ausgerichtete Risikostrategie. Sicherheitsrelevante Risiken werden so betrachtet, dass der Sicherheit stets der gebührende Vorrang eingeräumt wird. In diesem Sinne ist die BGE in Bezug auf alle Formen von Sicherheitsauswirkungen risikoavers. Dies gilt gleichermaßen für die Nichtbeachtung von Gesetzen und untergesetzlichen Regelungen sowie im Hinblick auf die Reputation. Die Vermeidung dieser Risiken ist eine grundlegende Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung der übertragenen Endlageraufgaben.

Unter der Voraussetzung, dass die zuvor genannten Aspekte unberührt bleiben, verfolgt die BGE insbesondere im Hinblick auf die terminrelevanten Risiken der Großprojekte eine chancenorientierte Strategie. Dies bedeutet, dass Risiken unter Abwägung verschiedener Faktoren bewusst eingegangen werden, um die Endlagerprojekte mit ihrer Größe, ihrer Komplexität, den externen Terminerwartungen sowie den normativen Vorgaben erfolgreich umsetzen zu können.

Aufbau und Organisation des Risikomanagements

Die BGE verfügt über ein unternehmensweites Risikomanagement, das sich an der DIN ISO 31000 und DIN EN 31010 orientiert. Es arbeitet eng mit dem Internen Kontrollsystem (IKS) zusammen und wird bei Bedarf unterstützt durch die Interne Revision als prozessunabhängige Kontroll- und

Beratungsinstanz. Eine unternehmensweit verbindliche Richtlinie und Verfahrensanweisung regelt die Anforderungen an das Risikomanagement.

Das Risikomanagement der BGE ist so aufgebaut, dass die originäre Risikoverantwortung bei den Projekt- und Bereichsleitungen liegt, die für die Identifikation, Analyse und Bewertung der Risiken sowie die Einleitung geeigneter Maßnahmen zur Risikobewältigung verantwortlich sind. Innerhalb dieser Organisationseinheiten nehmen Risikokoordinatoren die jeweiligen Risikomanagementaktivitäten wahr. Auf Unternehmensebene ist das zentrale Risikomanagement für die einheitlichen Prozesse und Verfahren bei der Durchführung des Risikomanagements verantwortlich. Darüber hinaus fungiert das zentrale Risikomanagement als Businesspartner für die Risikokoordinatoren und ist u. a. für das Risikoreporting, die Erfassung strategischer Risiken und die Koordination auf Unternehmensebene zuständig. Gleichzeitig verantwortet das zentrale Risikomanagement die Weiterentwicklung des unternehmensweiten Risikomanagementsystems. Die Qualität und die Wirksamkeit des Risikomanagementprozesses wird durch den kontinuierlichen Verbesserungsprozess sichergestellt.

Der ganzheitliche Risikomanagementprozess wird vierteljährlich durchgeführt. Dabei werden die Risiken aller Unternehmensbereiche softwaregestützt nach festgelegten Kriterien identifiziert, nach ihren Ursachen in neun Kategorien eingeordnet und hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit sowie ihrer Auswirkungen qualitativ analysiert. Sofern im Rahmen der qualitativen Risikoanalyse Risiken mit relevanten Auswirkungen auf Termin- und/oder Kostenpläne von Großprojekten identifiziert werden, erfolgt ergänzend eine quantitative Analyse und Bewertung mittels probabilistischer Verfahren. Ein Simulationsverfahren liefert im Ergebnis eine Bandbreite eines fallbezogenen Risikos als Wahrscheinlichkeitsverteilung. Im Anschluss an die Risikobewertung werden Risikobewältigungsmaßnahmen festgelegt, deren Wirksamkeit regelmäßig überprüft, und eine erneute Risikoanalyse durchgeführt. Die Ergebnisse der quantitativen Risikoanalysen fließen in die Planansätze ein.

Im zentralen Risikomanagement werden die Risikoregister zusammengeführt und die aggregierte Gesamtrisikolage ermittelt. Die wesentlichen Informationen zur Gesamtrisikolage und zu den prioritären Risiken werden vierteljährlich im Quartalsbericht dargestellt. Neben der Risikoberichterstattung im Quartalsbericht werden bei Bedarf themenspezifische Sonderberichte erstellt.

Die BGE definiert ein relevantes Risiko als ein Risiko, das die Zielerreichung in besonderem Maße beeinflussen kann. Hierzu zählen insbesondere Risiken, die im Rahmen der Risikoanalyse eine Eintrittswahrscheinlichkeit von über 50 % und eine potenzielle Auswirkung von mehr als 12 Monaten Zeitverzug bzw. mehr als 10 Millionen EUR zusätzlichen Kosten aufweisen. Als relevant gelten zudem Risiken, die irreversible Auswirkungen auf die Reputation, Sicherheit, Umwelt und Nachhaltigkeit haben können.

Die projektspezifische Risikolage und die prioritären Risiken der Großprojekte werden in den regelmäßig stattfindenden Lenkungskreisen erörtert. Zudem werden risikorelevante Sachverhalte in weiteren Gesprächsformaten integrativ betrachtet. Zur Vorbereitung von wichtigen Entscheidungen werden die mit der Entscheidung verbundenen Chancen und Gefahren detailliert betrachtet und in einem Beschlussvorschlag formuliert.

Der Aufsichtsrat und die Gesellschafterin der BGE werden regelmäßig über die Risikolage informiert.

Risiken, die zwischen den Stichtagen erkannt werden, werden unverzüglich in Form einer Ad-hoc-Meldung an die Risikoverantwortlichen gemeldet.

Internes Kontrollsystem (IKS)

Das Risikomanagement wird ergänzt durch ein IKS, mit dem die wesentlichen Unternehmensprozesse kontrolliert werden. Es soll sicherstellen, dass Prozessrisiken, insbesondere Verstöße gegen interne und externe regulatorische Anforderungen, rechtzeitig erkannt und minimiert bzw. vermieden werden. Dabei werden sowohl finanzielle als auch nicht-finanzielle Aspekte betrachtet.

Entsprechend der Definition des IKS werden die Kontrollen in den operativen Einheiten selbst durchgeführt und dokumentiert. Das zentrale IKS überprüft jährlich die Kontrolldurchführung sowie die Kontrolldokumentation und bewertet deren Angemessenheit und Wirksamkeit. Die Ergebnisse der Kontrollüberprüfungen sowie gegebenenfalls notwendige Maßnahmen werden mit den Verantwortlichen besprochen und der Geschäftsführung vorgestellt.

Im Rahmen des zentralen IKS wurden im Jahr 2025 alle Unternehmensbereiche überprüft. Die Überprüfung der Tax-Compliance-Kontrollen erfolgte unter Einbeziehung des Tax-Compliance-Verantwortlichen.

Gesamtrisikosituation

Es bestehen keine bestandsgefährdenden Risiken, die sich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der BGE wesentlich auswirken und den Fortbestand der BGE gefährden können, da die Kosten der wirtschaftlichen Betriebsführung aus dem Bundeshaushalt durch das BMUKN auf Selbstkostenbasis erstattet werden.

Im Folgenden werden die aus Sicht der BGE unternehmensrelevanten Risiken dargestellt.

Verzögerung in den Genehmigungsverfahren und durch Klagen gegen die Entscheidungen

Für die Suche und die Errichtung sowie Stilllegung von Endlagern sind eine Vielzahl von Genehmigungen aus unterschiedlichen Rechtsgebieten, wie z. B. dem Atomrecht und dem Bergrecht, einzuholen und einzuhalten. Treten Genehmigungsrisiken ein, so ergeben sich überwiegend hohe zeitliche Auswirkungen, die zu terminkritischen Auswirkungen in den Großprojekten führen können. Die Ursache dieser Risiken liegt u. a. in der Verzögerung der Genehmigungsverfahren. Zum einen werden die Antragsunterlagen später als geplant bei den Genehmigungsbehörden eingereicht, da die Erstellung der Unterlagen sehr komplex ist. Zum anderen besteht nicht immer Konsens über die Anforderungen an die Antragsunterlagen oder Sachverständige werden verspätet eingebunden. Darüber hinaus kann die Qualität der eingereichten Antragsunterlagen unzureichend sein, was zusätzliche Revisionsschleifen zur Folge haben kann.

Des Weiteren können sich die Genehmigungsverfahren durch Nachforderungen und Änderungswünsche der zuständigen Behörde sowie durch nicht ausreichend vorhandene personelle Ressourcen bei Behörden und Sachverständigen verzögern. Zudem kann sich im Vollzug der Genehmigungen möglicherweise ein zusätzlicher Zeitbedarf für die genehmigungskonforme Abarbeitung von Auflagen und Nebenbestimmungen ergeben, der von der BGE nur mit einer großen Unsicherheit prognostiziert werden kann.

Auch mögliche Klagen gegen Entscheidungen der Genehmigungsbehörde können aufgrund ihrer grundsätzlich aufschiebenden Wirkung, sofern der Sofortvollzug nicht kraft Gesetzes oder durch Behördenanordnung gilt, zu erheblichen zeitlichen Verzögerungen führen.

Maßnahmen zur Risikobewältigung:
Durch einen neu zu schaffenden Bereich Zentrales Genehmigungsmanagement sollen zukünftig u. a. die vielfältigen und komplexen Aufgaben unternehmensweit betrachtet und ggf. übergeordnete Genehmigungsstrategien erarbeitet werden.

Zudem eröffnet die BGE die Genehmigungsverfahren frühestmöglich und stimmt sich rechtzeitig mit allen Genehmigungsbehörden ab, um die Anforderungen an die Antragsunterlagen in Erfahrung zu bringen und die erforderliche Ressourcenplanung zu ermöglichen. Zur Bewältigung der Risiken wird insbesondere auch die Öffentlichkeit im Vorfeld der Genehmigungsverfahren durch Austauschformate mit Umwelt- und Naturschutzvereinen eingebunden, wo dies sinnvoll ist.

Das Klagerisiko selbst kann nicht abbedungen werden. Mit den genannten Maßnahmen soll die Akzeptanz der Vorhaben erhöht werden. Darüber hinaus wird die Anordnung der sofortigen Vollziehung angestrebt.

Radiologische Schäden

Mitarbeitende und / oder die Bevölkerung können Strahlenbelastungen durch die in den Bergwerken der BGE befindlichen Abfälle ausgesetzt werden. Durch Vorkommnisse kann es zu langen Stillständen auf den Anlagen kommen. Die Zuverlässigkeit und Eignung der BGE kann in Frage gestellt werden. Ein Schwerpunkt ist das Risiko, dass bei einem nicht mehr beherrschbaren Lösungszutritt (nbL) im Bergwerk Asse, ohne ausreichende verbleibende Zeit für die vollständige Umsetzung der Notfallmaßnahmen aus der Notfallplanung, möglicherweise Nuklide das Grubengebäude verlassen und langfristig in die Umwelt gelangen. Hauptursächlich sind einerseits die in der Notfallplanung definierten, aber noch nicht vollständig umgesetzten Vorsorgemaßnahmen, die vorlaufend zur Herstellung der Notfallbereitschaft realisiert werden und andererseits die noch nicht vollständig vorbereiteten Notfallmaßnahmen, die nach Feststellung des Notfalls (nbL) umgesetzt werden und noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Durch die lange Offenhaltung der Grube nimmt die Wahrscheinlichkeit des Eintritts eines nbL grundsätzlich zu. Ein bestimmungsgemäßer Betrieb sowie die Rückholung der Abfälle aus dem Bergwerk Asse sind bei Eintritt des nbL nicht mehr möglich.

Maßnahmen zur Risikobewältigung:
Die BGE hat ein umfassendes Sicherheits- und Strahlenschutzmanagement, das durch die Landesministerien und das BASE genehmigt ist. Ein Hauptaugenmerk zur Risikoverringerung liegt bei der Schachtanlage Asse auf der weiteren Umsetzung der Vorsorgemaßnahmen aus der Notfallplanung zur Reduzierung von Eintrittswahrscheinlichkeit und Auswirkung des nbL im Bergwerk Asse.

Gefährdungen des kontinuierlichen Einlagerungsbetriebs Konrad

Aufgrund noch nicht abgeschlossener Festlegungen und offener Antragsverfahren im Rahmen des aufsichtlichen Verfahrens zur Umsetzung der Nebenbestimmungen aus der gehobenen wasserrechtlichen Erlaubnis (gwE) für das zukünftige Endlager Konrad erfolgt seit 2017 keine Freigabe von Stofflisteneinträgen durch die zuständige Behörde. Eine abschließende stoffliche Beschreibung durch die Antragsteller und die darauffolgende Bewertung und Freigabe von Abfallgebinden zur Einlagerung im Endlager Konrad durch die Produktkontrolle ist daher nicht möglich, so dass weiterhin nur Zwischenbescheide oder Bescheide zur Bestätigung der Einhaltung der radiologischen Anforderungen erteilt werden.

Geänderte Grenzwerte im konventionellen wasserrechtlichen Regelwerk sind grundsätzlich auch für die Einlagerung der radioaktiven Abfälle nachzuweisen und führen in Folge zu erneuten Nachweisverfahren, auch für bereits freigegebene Abfallgebinde.

Maßnahmen zur Risikobewältigung:
Zur Freigabe von Stofflisteneinträgen finden fortlaufend umfangreiche Abstimmungsgespräche zwischen der BGE und der zuständigen Behörde statt. Darüber hinaus werden derzeit mögliche Gebinde für die ersten ein bis zwei Einlagerungsjahre identifiziert, um eine Einlagerung zu ermöglichen, ohne dass zuvor alle wasserrechtlichen Herausforderungen vollumfänglich gelöst sind.

Seitens BGE wird außerdem daran gearbeitet, Vereinfachungen und Konservativitäten der bisherigen Nachweismethodik abzubauen, z. B. durch Bewertung des Ausbreitungsverhaltens von nichtradioaktiven Abfallbestandteilen. Hierbei wird sich unter anderem an den Empfehlungen der ESK aus dem Jahr 2024 orientiert.

Flächenerwerb gelingt nicht rechtzeitig / Nutzungs- und Betretungsrechte werden nicht oder verspätet gesichert

Für die Vorhaben der BGE müssen zusätzliche Flächen erworben werden. Die hierzu erforderlichen Grunderwerbsverhandlungen mit den Eigentümerinnen und Eigentümern gestalten sich häufig schwierig und können im schlimmsten Fall scheitern, etwa aufgrund von Bedenken oder sogar Ablehnung gegenüber der Flächennutzung oder stark abweichender Preisvorstellungen.

Hieraus können finanzielle Mehrbelastungen und vor allem zeitkritische Verzögerungen resultieren, die das Erreichen der Projektziele mindestens gefährden, wenn nicht sogar zum Scheitern bringen können. Aktuell betrifft das Risiko insbesondere die geplante Errichtung der Abfallbehandlungsanlage mit Zwischenlager für die Rückholung der radioaktiven Abfälle aus der Schachtanlage Asse II. Der Erwerb aller hierzu erforderlichen Grundstücke ist derzeit noch nicht absehbar. Im Standortauswahlverfahren ist mit ähnlichen Herausforderungen bei der Grundstücksbeschaffung zu rechnen.

Darüber hinaus müssen Betretungs- und Nutzungsrechte teilweise schon vorlaufend zur Planung und Errichtung von Bauvorhaben, bspw. für die Erkundung des Baugrunds gesichert werden. Scheitert die Einräumung notwendiger Nutzungs- und Betretungsrechte ganz oder teilweise, können zentrale Zwischentermine und damit das Erreichen der Projektziele gefährdet werden, da genehmigungsrechtlich oder technisch erforderliche Maßnahmen nicht fristgerecht begonnen oder abgeschlossen werden können. Dies ist besonders kritisch für noch zu erkundende Standorte, da fehlende Rechte den Beginn standortbezogener Erkundungen zeitlich verschieben und das Standortauswahlverfahren somit erheblich verzögern könnten.

Maßnahmen zur Risikobewältigung:
Zur Minderung dieser Risiken setzt die BGE auf eine frühzeitige, strukturierte und zielgruppenorientierte Kommunikation mit den Eigentümerinnen und Eigentümern und weiteren lokalen Stakeholdern. So können Bedenken frühzeitig adressiert und Lösungen erarbeitet werden. Ergänzend werden standardisierte Prozesse für den Flächenerwerb sowie für Nutzungs- und Betretungsrechte entwickelt und kontinuierlich verbessert. Darüber hinaus setzt sich die BGE für die Schaffung gesetzlicher Rahmenbedingungen ein, die eine Inanspruchnahme von notwendigen Grundstücken für die Endlagerprojekte ermöglichen oder erleichtern.

Arbeitsschutzbezogene Ereignisse und (schwere) Arbeitsunfälle

Mitarbeiter*innen können schwer verletzt werden oder tödlich verunglücken. Darüber hinaus können hohe Sachschäden entstehen. Durch arbeitsschutzbezogene Ereignisse und schwere Arbeitsunfälle kann es in der Folge zu langen Stillständen auf den Anlagen kommen. Derartige Vorfälle können die Sach- und Fachkunde der BGE bei Stakeholdern in Frage stellen und zu einem signifikanten Reputationsverlust führen.

Maßnahmen zur Risikobewältigung:
Die BGE verfügt über ein Arbeitssicherheitsmanagement(system), das über die gesetzlichen Anforderungen hinausgeht. An den Standorten sowie standortübergreifend sind Stabsstellen eingerichtet, die verantwortliche Führungskräfte und beauftragte Funktionsträger in ihrem Verantwortungsbereich zum Themenfeld Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz unterstützen.

Basierend auf den Input interner Audits, Begehungen, methodisch-systematischer Analysen von Ereignissen oder bei Hinweisen von Mitarbeiter*innen werden kontinuierlich interdisziplinär Maßnahmen mit den entsprechenden Funktionsträgern und Beteiligten abgeleitet, umgesetzt und auf ihre Wirksamkeit überprüft.

Zur verbesserten Steuerung, Umsetzung und Dokumentation des etablierten AMS ist vorgesehen, in 2026 eine Arbeitssicherheitsmanagementsoftware einzuführen.

Der Lenkungskreis Arbeitssicherheit berät und entscheidet als halbjährlich tagendes Entscheidungsgremium der Organisation über die strategisch ausgerichtete Umsetzung der Arbeitssicherheit in der BGE.

Fehlende Verfügbarkeit von Fachkompetenz und Bewerber*innen

Der Ausstieg aus der kommerziell genutzten Kernenergie und Gewinnung von fossilen Brennstoffen führt zu einem Mangel an Nachwuchskräften in für die BGE relevanten Berufsgruppen. Durch den Ausstieg fallen Ausbildungsstätten wie z. B. kerntechnische Anlagen, Bergwerke oder bergwerksnahe Betriebe sowie in Forschung und Lehre (Hochschulen, Forschungseinrichtungen) weg. Hierdurch werden ein langfristiger Kompetenzerhalt und eine Personalgewinnung am deutschsprachigen Markt zunehmend schwieriger. Die benötigten Spezialist*innen sind für einige technisch-wissenschaftliche Fächer nicht ausreichend auf dem Arbeitsmarkt verfügbar. In der Folge können sich bei der BGE ein Nachwuchsmangel und Verzögerungen in der Projektarbeit ergeben. Zudem kann durch Personalveränderungen von Mitarbeitenden in Schlüsselpositionen ein Erfahrungs- und Know-how-Verlust entstehen. Dies kann auch negative Auswirkungen auf die Absicherung der personellen Genehmigungsvoraussetzungen (z. B. atomrechtlich erforderliches Personal) haben.

Maßnahmen zur Risikobewältigung:
Durch eine prospektive Personalplanung soll der Fachkräftebedarf im Zeitablauf frühzeitig erkannt und entsprechend rekrutiert werden. Bedarfsgerechte Ausschreibungen und Finanzierung von Studien- und Ausbildungsplätzen zielen auf eigene Nachwuchsförderung und Übernahme der Kandidaten*innen ab. Um den Bekanntheitsgrad der BGE am Arbeitsmarkt zu erhöhen, werden Personalmarketingaktivitäten und Instrumente weiter ausgebaut.

Ein erstes Grobkonzept zur operativen und strategischen Personalplanung wurde entwickelt. Die Personalplanung für die BGE soll systemunterstützt langfristig etabliert werden. Es ist geplant, ein Fachkräftepool aufzubauen, um für die Projekte langfristig die notwendigen Kompetenzen zur Verfügung stellen zu können.

Die Gruppe Wissensmanagement und Change im Bereich Personal bündelt die in der BGE vorhandenen Erfahrungen an einer Stelle. Sie verantwortet die Weiterentwicklung des Wissensmanagements und den nachhaltigen Ausbau von Formaten zur Sicherung des Kompetenzerhalts.

Steuerliche Risiken aus der Betriebsprüfung

Das Risiko konnte abgeschlossen werden, da die Finanzverwaltung die Prüfungsfeststellungen nach § 14c UStG des Betriebsprüfers nach Abstimmung

mit übergeordneten Behörden entsprechend dem Antrag der BGE auf Vertrauensschutz nicht weiter verfolgt. Eine Umsatzsteuerdoppelveranlagung für die Jahre 2013 und 2014 konnte damit abgewendet werden.

Verzögerte oder nicht abgeschlossene Vergabeverfahren

Im Rahmen von Vergabeverfahren besteht das Risiko, dass die Zuschlagserteilung nur mit einer relevanten zeitlichen Verzögerung erfolgen kann oder eine Vergabe von ausgeschriebenen Leistungen aufgrund fehlender Bieter nicht abgeschlossen werden kann. Die Dauer von Vergabeverfahren verlängert sich insbesondere dann, wenn eine erneute Ausschreibung aufgrund fehlender wertbarer Angebote oder Teilnahmeanträge erforderlich ist. Dies kann unter anderem an der Komplexität der Leistungsbeschreibung, geforderten Eignungskriterien oder definierten Vertragsterminen liegen. Weiterhin können eingegangene Angebote das geplante Budget deutlich überschreiten oder Nachprüfungsverfahren unterlegener Bieter zu erheblichen Verzögerungen führen.

Da die BGE einer hochspezialisierten Tätigkeit nachgeht, besteht dieses Risiko grundsätzlich dauerhaft.

Diese Problematik betrifft sowohl nationale als auch europaweite Vergabeverfahren und kann zu erheblichen Verzögerungen in Beschaffungsvorgängen führen. Bei bestimmten Leistungen, die terminführend für den Projektfortschritt sind, können sich Zwischen- oder Endtermine verschieben, was kaskadierende Auswirkungen auf nachgelagerte Prozesse und Kosten hätte.

Maßnahmen zur Risikobewältigung:
Zur Qualitätssicherung werden die Standardvorgaben der BGE zu Vergabeverfahren überprüft und bei Bedarf fortlaufend verbessert. Durch den Einkauf erfolgen wiederkehrende Schulungen für die Mitarbeitenden der Fachbereiche zum Beschaffungsprozess. Für die Minimierung des Risikos ist bei komplexen Verfahren eine Markterkundung mit Einbindung potenzieller Bieter wichtig.

Compliance-Verstöße im Zusammenhang mit möglichen Korruptionsfällen

Die BGE befindet sich als Wirtschaftsakteur, aber auch als Bundesunternehmen mit hoheitlichen Aufgaben im Bereich der Produktkontrolle im unmittelbaren Ziel- und Risikobereich von Korruption, auch wenn es 2025 keine Hinweise auf Korruptionsfälle gab. Vor diesem Hintergrund wird das bereichsübergreifende Korruptionsrisiko, insbesondere der mögliche Reputationsschaden, als hoch eingeschätzt, wenngleich die Eintrittswahrscheinlichkeit nur als möglich eingestuft wird.

Maßnahmen zur Risikobewältigung:
Wesentliche Maßnahmen zur Minderung des Korruptionsrisikos bei der BGE wurden abgeleitet aus der „Richtlinie der Bundesregierung zur Korruptionsprävention in der Bundesverwaltung“ vom 30.07.2004. Ihre Umsetzung bei der BGE zielt darauf ab, die BGE und ihre Mitarbeitenden vor Korruptionsgefahren zu schützen. Der seit dem Juni 2023 gültige Verhaltenskodex der BGE schärft zudem das Bewusstsein für rechtliche Risiken und trägt zur Vermeidung von Rechtsverstößen bei. Seit 2024 werden die Kommunikations- und Schulungsmaßnahmen zur Vermittlung von Wissen und Verständnis über die in diesen Regelwerken enthaltenen Maßnahmen zur Korruptionsprävention nochmals deutlich verstärkt.

Um neben Maßnahmen zur Sensibilisierung der Mitarbeitenden zukünftig auch organisatorische Kontrollmaßnahmen gezielt intensivieren zu können, wurde außerdem eine systematisierte Ermittlung korruptionsgefährdeter Arbeitsgebiete durchgeführt. Aufgrund der Änderungen in den Organisationsstrukturen der BGE wird diese Ermittlung 2026 überprüft und angepasst.

Zur Unterstützung der Aufdeckung von Korruptionsfällen wurde bei der BGE Ende 2023 ein Hinweisgebersystem in Form einer Melde- und Beschwerdestelle eingerichtet, das auch in 2025 weiterentwickelt wurde. Das Hinweisgebersystem soll sowohl Mitarbeitenden als auch Externen die Möglichkeit eröffnen, neben Compliance- auch Korruptionsverdachtsfälle zu melden.

Die wesentlichen Elemente des Antikorruptionsprogramms sind zudem Bestandteil des Compliance-Management-Systems der BGE, das in seiner Ausgestaltung dem „IDW Prüfungsstandard zur Prüfung von Compliance Management Systemen (CMS) - IDW PS 980“ folgt.

PROGNOSEBERICHT

In Bezug auf die prognostizierten Kosten wird auf die Tabelle im Abschnitt Steuerungssystem verwiesen. Über die im Wirtschaftsplan 2026 zu Grunde gelegten Meilensteine und Planänderungen wird vierteljährlich in den Quartalsberichten berichtet.

Errichtung Endlager Konrad

Auf der Schachtanlage Konrad 1 soll in 2026 die Zufahrt zur Schachtanlage fertiggestellt werden.

Auf der Schachtanlage Konrad 2 soll die Montage des Stahlbaus des Förderturms begonnen sowie das Einbringen der Innenschalen im Bereich des Füllorts 2. Sohle fortgesetzt werden. Weiterhin soll die Fertigung des Schachtstuhls 1. Sohle abgeschlossen sowie mit der Fertigung des Schachtstuhls auf der 2. Sohle begonnen werden. Für den Rohbau und Ausbau des Bauteils A3 der Umladehalle (ohne technischen Ausbau) ist der Abschluss und für das Bauteil A1 der Baubeginn der aufgehenden Wände vorgesehen. Die Baumaßnahmen für das Lüftergebäude und die Pufferhalle werden fortgesetzt.

In der Grube ist die Fortsetzung der bergmännischen Auffahrungs- und Instandhaltungsmaßnahmen (u. a. Rampe 380) sowie die Montage der Werkstatteinrichtung auf der 2. Sohle vorgesehen.

Stilllegung der Schachtanlage Asse II

In 2026 werden die Unterlagen zum Untersuchungsrahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung für den Antragskomplex I zur Durchführung des Scoping-Termins durch die Genehmigungsbehörde, dem Niedersächsischen Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz (MU), fertiggestellt und dem MU übermittelt. Weiterhin sollen zum Antragskomplex II die Erstellung und Abstimmung der

Genehmigungsstrategie und der Antragsstruktur mit dem MU abgeschlossen, für den Antragskomplex III die Entwurfsplanung ausgeschrieben und im Antragskomplex IV der Genehmigungsantrag für die 511-m-Sohle vorbereitet und eingereicht werden.

Für die Notfallbaustoffanlage ist die Erstellung der Ausführungsplanung vorgesehen. Die Planungsarbeiten für die Rückholung der Abfälle sowie die Entwicklung der Bergetechniken (Bergungsgeräte) sollen für alle drei Sohlen fortgeführt werden.

Die Planung für das Rückholbergwerk soll forciert werden. Für das Schachtteufen und den Schachtausbau (Schacht Asse 5) soll die Entwurfs- und Genehmigungsplanung abgeschlossen werden. Weiterhin ist der Beginn der Entwurfsplanung für den Förderturm und die Fortsetzung der Entwurfsplanung der Tagesanlagen von Schacht Asse 5 vorgesehen.

Bei den Baumaßnahmen sollen das Bürogebäude 20 sowie das Strahlenschutzlabor in 2026 fertiggestellt und in Betrieb genommen werden. Weiterhin wird der Baubeginn des Parkhauses erfolgen.

Stilllegung des Endlagers für radioaktive Abfälle Morsleben

Die Schwerpunkte der Stilllegungsplanung in 2026 liegen in der Fortsetzung der Nacherkundungen an den Demonstrationsbauwerken sowie in der Erstellung von Verfahrensunterlagen.

Für die UVP werden in 2026 die Kartierungen beendet und die UVP-Berichte fertiggestellt.

Zur Vorbereitung auf die Stilllegung des ERAM sollen u. a. der Rückbau der speziellen Kanalisation innerhalb der Containerhalle abgeschlossen werden. Des Weiteren soll der übertägige Kontrollbereich weiter zurückgebaut werden. Der Kontrollbereichsübergang 2 unter Tage soll in 2026 fertiggestellt und in Betrieb genommen werden.

Darüber hinaus ist der Beginn der Verfüllung des Abbaus 1a vorgesehen.

Gorleben

Im Rahmen der Schließung des Bergwerkes Gorleben wird die Verfüllung des Grubengebäudes und der Rückbau der Salzhalde fortgesetzt. Bis zum Jahresende sollen 250.000 t Salz im Grubengebäude eingebracht sein.

Zudem sollen das Ausschreibungsverfahren für den Rückbau der Salzhalde sowie die Planungsarbeiten für die Schachtverfüllung in 2026 beginnen.

Standortauswahlverfahren

Im Fokus des Projekts Standortauswahl für 2026 stehen weiterhin die Arbeiten zur Ermittlung von Standortregionen für die übertägige Erkundung.

Im Laufe des Jahres 2026 werden die geowissenschaftlichen Arbeiten im Rahmen der rvSU abgeschlossen. Der Schwerpunkt der Arbeiten liegt dabei auf der Ermittlung der am besten geeigneten Gebiete. Auf Grundlage wirtsgesteinsspezifischer Kriterienkataloge werden diese im vierten und letzten Prüfschritt der rvSU ermittelt. Gleichzeitig erfolgt eine Dokumentation der laufenden Arbeiten samt der Erstellung der als Prüfgegenstand an das BASE zu übermittelnden Berichte.

In 2026 werden die rvSU auf Basis der entwickelten Methoden entsprechend fortgeführt und abgeschlossen. Die Erstellung der Berichte und

methodischen Arbeiten zur Durchführung des im Anschluss an die erneute Anwendung der geoWK stattfindenden Vergleiches erfolgen begleitend. Zudem beginnen erste konzeptionelle Überlegungen zur Durchführung der weiterentwickelten vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen.

Weiterhin werden die Arbeiten zur konzeptionellen Endlagerbehälterentwicklung für die Wirtsgesteine sowie die Planung und rechnerische Auslegung der für die Errichtung eines Endlagers für hochradioaktive Abfälle nach § 9a Abs. 3 S. 1 AtG benötigten übertägigen kerntechnischen und konventionellen Anlagenkomponenten fortgeführt.

Produktkontrolle

Im Hinblick auf die Sicherheit eines Endlagers in der Betriebs- und Nachbetriebsphase müssen die endzulagernden radioaktiven Abfallgebinde spezifische Anforderungen an die Abfallproduktqualität, den Abfallbehälter und das radioaktive und stoffliche Inventar erfüllen.

Die Schwerpunkte der Produktkontrolle liegen in der Prüfung und Freigabe von Endlagerdokumentationen für radioaktive Abfälle, Verfahrensqualifikationen von Konditionierungsverfahren mit Prüfung und Freigabe von Ablaufplänen und von Änderungsanträgen zu bereits freigegebenen Ablaufplänen sowie Behälterbauartprüfungen. Für das Jahr 2026 plant der Bereich Produktkontrolle die radiologische Freigabe von 10.000 m³ Abfallgebindevolumen.

Neben den reinen Produktkontrollmaßnahmen wird in 2026 auch an der Weiterentwicklung des NWL-Systems (NWL: Nuclear Waste Logistics) gearbeitet.

Übergreifend

Für 2026 ist der Beginn des Anbaus am Verwaltungshauptgebäude in Peine sowie die Fertigstellung und Inbetriebnahme des „Immersive Space“, ein Veranstaltungsraum mit einer 3D-Medientechnik für großformatige Darstellungen, vorgesehen. Weiterhin werden das IT-Sicherheitskonzept fortgeschrieben und die Digitalisierungsprojekte für die Bergwerke (u. a. soll im Projekt „Fahrassistenzsysteme“ die Grundlagenermittlung für ein fahrerloses Transportsystem erfolgen) fortgesetzt.

Peine, den 31. März 2026

Iris Graffunder
Vorsitzende der Geschäftsführung

Marlis Koop
Kaufmännische Geschäftsführerin und Arbeitsdirektorin

Jürgen Korth
Technischer Geschäftsführer

Impressum

Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE)
Unternehmenskommunikation
und Öffentlichkeitsarbeit

Eschenstraße 55
31224 Peine
T 05171 43-0

www.bge.de
www.einblicke.de

Stand Mai 2026

Texte, Konzept und Layout
Cornelia Gonet, Greta Grocholewski, Arne Nowacki, Martina Schwaldat, Henning Wedekin

Gestaltung
Hunger & Koch®

Fotos
Anna-Kristina Bauer und Andreas Graf
Henning Schacht (S. 7)
Stefan Kaminski (S. 12)
Patrick Burgart (S. 24)
Moritz Küstner (S. 28 - 43)

Infografik
Sebastian Struch (18 / 19)

Druck
Oeding Print GmbH

Druckprodukt mit finanziellem
Klimabeitrag
ClimatePartner.com/11339-2608-1008

VEGANES DRUCKPRODUKT
V-LABEL INTERNATIONAL
V-LABEL.COM
VEGAN

BLAUER ENGEL
DAS UMWELTZEICHEN
UZ 195
www.blauer-engel.de/uz195

